

## DAS TSCHECHISCHE VOLK UND DIE NATIONALSOZIALISTISCHE GERMANISIERUNG DES RAUMES

*Von Peter Němec*

Die Konfrontation zwischen der nationalsozialistischen Okkupationspolitik und dem Willen des tschechischen Volkes, seine verlorengegangene Selbständigkeit und Freiheit wieder zu erringen, der sich in seiner höchsten Form als nationaler Befreiungskampf äußerte, bildet den grundlegenden Widerspruch des Zeitraums der Vorherrschaft der deutschen Faschisten auf unserem Territorium.

Die tschechoslowakische Historiographie hat dieser Zeit, insbesondere unter dem Aspekt des nationalen Widerstandes, stets erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet und tut dies auch heute noch. Der tschechische nationale Widerstand formierte sich und wirkte im direkten Kontakt mit den Handlungen der Nationalsozialisten, wobei es zu einer starken gegenseitigen Beeinflussung kam. Die mit der Okkupationspolitik zusammenhängenden Fragen konnten deshalb in der Mehrheit der Studien, die sich mit dem nationalen Widerstand beschäftigten, nicht völlig außer acht gelassen werden, wenn sich auch die Erforschung der nationalsozialistischen Okkupationspolitik in den einzelnen Arbeiten in unterschiedlichem Maße und in unterschiedlicher Qualität niederschlug. Andererseits entstand natürlich auch eine Reihe von Monographien, die ausschließlich der Problematik des Okkupationsregimes im Protektorat Böhmen und Mähren gewidmet sind. In den Ansichten der Historiker, die diese Fragen werteten, mußte im Laufe der Zeit gesetzmäßig eine gewisse Verschiebung im grundlegenden Herangehen an diese Problematik sowie auch in den Wertungen einzelner Phänomene und der Zusammenhänge zwischen ihnen deutlich werden.

In breit angelegten Studien beschäftigte sich Václav Král<sup>1</sup> mit der Entwicklung unserer Länder in den Jahren der Okkupation. Král konzentrierte sich dabei vor allem auf die faktographische Erfassung der historischen Tatsachen. Des weiteren verfolgte er in seinen Arbeiten vorrangig das Ziel, die nazistischen Verbrechen zu enthüllen und zu verurteilen. Die Interpretationen, zu denen Král auf der Grundlage seiner Verarbeitung eines reichen Quellenmaterials gelangt, entsprechen allerdings vielfach nicht mehr dem heutigen Erkenntnisstand. Seit der Mitte der sechziger Jahre drangen Arbeiten weiterer Historiker, z. B. Jan Tesař, Tomáš Pasák

<sup>1</sup> Král, Václav: Otázky hospodářského a sociálního vývoje v českých zemích 1938–1945 [Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den böhmischen Ländern 1938–1945]. 3 Bde. Praha 1957–1959. – Ders./Fremund, Karel (Hrsg.): Chtěli nás vyhubit [Sie wollten uns ausrotten]. Praha 1961. – Král, Václav: Pravda o okupaci [Die Wahrheit über die Okkupation]. Praha 1962. – Ders.: Zločiny proti Evropě [Verbrechen gegen Europa]. Praha 1964.

u. a.<sup>2</sup>, an die Öffentlichkeit, die eine völlig andere Annäherung an dieses Thema wählen und sich auf der Ebene der konkreten Tatsachenbeschreibung sowie auch auf der Ebene von Verallgemeinerungen bemühten, eine Reihe mit dem Mechanismus des Funktionierens der Okkupationsmacht, einschließlich des Problems der Kollaboration, zusammenhängender Fragen neu oder überhaupt zum ersten Male zu beantworten. Es wäre wünschenswert, die Schlußfolgerungen dieser Historiker zum Gegenstand weiterer Forschungen zu machen und in der Konfrontation mit den Ergebnissen dieser weitergehenden Forschungen neu zu interpretieren. Mit Rücksicht auf die gewisse Unterbrechung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der von Tesař, Pařák u. a. untersuchten Seite der Okkupationsthematik, zu der es in den siebziger Jahren kam, ist es erforderlich, zu den damals formulierten Fragen zurückzukehren und an die Arbeiten der genannten Historiker anzuknüpfen. Die Zäsur der siebziger Jahre wurde vor allem durch die Arbeiten Miroslav Kárnýs überbrückt, die die nationalsozialistische Okkupationspolitik systematisch und in breiteren Zusammenhängen erforschten. Insgesamt betrachtet dauert jedoch der Zustand einer qualitativ ungleichen Bearbeitung der einzelnen Phasen der Okkupationszeit an. Diese Disproportionen empfand man schon in den sechziger Jahren. Zumindest zum Teil resultieren sie auch aus der geringeren Anzahl erhalten gebliebener Archivmaterialien aus den späten Kriegsjahren.

Das Machtverhältnis der Deutschen zum tschechischen Volk besitzt tiefe historische Wurzeln und beeinflusste das Schicksal unserer Länder in der Vergangenheit mehr als einmal sehr deutlich. In Anknüpfung an diese Tradition mußte sich auch Hitler gesetzmäßig mit der Existenz der Tschechoslowakischen Republik

<sup>2</sup> Tesař, Jan: Poznámky k problémům okupačního režimu v tzv. „protektorátě“ [Anmerkungen zu den Problemen des Okkupationsregimes im sog. „Protektorat“]. Historie a vojenství (HaV) (1964) 153–191, 333–385. – Ders.: K problému nacistické okupační politiky v Protektorátě v r. 1939 [Zum Problem der nazistischen Okkupationspolitik i. J. 1939]. HaV (1969) 40–85. – Ders.: Protiněmecká opoziční jednota na počátku okupace [Die antideutsche oppositionelle Einheit zu Beginn der Okkupation]. In: Z počátků odboje [Aus dem Beginn des Widerstandes]. Praha 1969, 449–517. – Pařák, Tomáš: Vývoj Vlajky v období okupace [Die Entwicklung der „Vlajka“ in der Zeit der Okkupation]. HaV (1966) 846–895. – Ders.: Problematika protektorátního tisku a formování tzv. skupiny aktivistických novinářů na počátku okupace [Die Problematik der Publizistik im Protektorat und die Herausbildung der sog. Gruppe aktivistischer Journalisten zu Beginn der Okkupation]. Příspěvky k dějinám KSČ (1967) 52–80. In diesem Zusammenhang ist es angebracht, auch das kollektive Referat auf dem III. Internationalen Kongreß zur Geschichte des europäischen Widerstands in Karlsbad im Jahre 1963 unter dem Titel Nacistický teror a národně osvobozený boj československého lidu [Der nazistische Terror und der nationale Befreiungskampf des tschechoslowakischen Volkes]. In: Nacistická okupace Evropy [Die nazistische Okkupation Europas]. Bd. 1/4. Praha 1966, 116–168 zu erwähnen.

<sup>3</sup> Kárný, Miroslav: Generální plán Východ [Der Generalplan Ost]. ČsCH (1977) 345–382. – Ders.: Die „Judenfrage“ in der nazistischen Okkupationspolitik. Historica 21 (1982) 137–192. – Ders./Milotová, Jaroslava: Anatomie okupační politiky hitlerovského Německa v „Protektorátu Čechy a Morava“. Dokumenty z období říšského protektora Konstantina von Neuratha [Die Anatomie der Okkupationspolitik Hitlerdeutschlands im „Protektorat Böhmen und Mähren“. Dokumente aus der Zeit des Reichsprotektors Konstantin von Neurath]. Sborník k problematice dějin imperialismu 21 (1987). – Milotová, Jaroslava/Kárný, Miroslav: Od Neuratha k Heydrichovi [Von Neurath zu Heydrich]. Sborník archivních prací 39 (1989) 281–394.

beschäftigen, insbesondere, da er eine Umorientierung der deutschen Außenpolitik vom Westen nach dem Süden und Osten proklamierte<sup>4</sup>. Die böhmischen Länder rückten dadurch ins Zentrum der Aufmerksamkeit der Nationalsozialisten.

Die Tschechoslowakei bildete für Hitler ein Hindernis bei dem von ihm geplanten Vormarsch nach Osten zwecks Erweiterung des deutschen Lebensraumes, und deshalb war sie in Hitlers Vorstellungen von Anfang an zur Liquidation bestimmt. Noch vor der Machtergreifung, im Sommer 1932, verkündete Hitler auf einer Beratung nationalsozialistischer Funktionäre: „Das böhmisch-mährische Becken besiedeln wir mit deutschen Bauern. Die Tschechen siedeln wir nach Sibirien um oder in wolhynischen Gebiete ... Die Tschechen müssen aus Mitteleuropa raus.“<sup>5</sup> Zur Konkretisierung dieser Hitlerschen Konzeptionen hinsichtlich der Eroberung neuen Lebensraumes kam es auf einer Konferenz am 5. November 1937, deren Inhalt im sog. Hossbach-Protokoll schriftlich fixiert ist<sup>6</sup>. Hier wurden die Varianten für einen Angriff auf die Tschechoslowakei festgelegt, deren detaillierte Ausarbeitung ihren Niederschlag im bekannten Plan Grün fand.

Ein kriegesischer Konflikt brach dann allerdings schließlich doch nicht aus, und die erste Phase der Realisierung der weitreichenden Vorstellungen Hitlers – die Gewinnung der böhmischen Länder – fand „auf friedlichem Wege“ statt. Die entscheidende Rolle hierbei spielten insbesondere die internationale Diplomatie und die sudetendeutsche Bewegung, deren Führer sich dem politischen Vorgehen Berlins unterordneten<sup>7</sup>. Nach dem 15. März 1939 begann in unseren Ländern eine neue Phase der Germanisierungspolitik, in der es zur Konsolidierung der nationalsozialistischen Macht kam und man nunmehr an die theoretische und praktische Lösung der Zukunft des tschechischen Volkes herangehen konnte.

<sup>4</sup> Es ging allerdings vorrangig um die Änderung ihres Inhalts: „Nicht West- und nicht Ostorientierung darf das künftige Ziel unserer Außenpolitik sein, sondern Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk.“ In: Hitler, Adolf: Mein Kampf. München 1938, 757. Erwägungen über die Außenpolitik Deutschlands ist auch ein umfangreiches Dokument gewidmet, das später unter der Bezeichnung „Hitlers zweites Buch“ erschienen ist. – Weinberg, Gerhard L. (Hrsg.): Hitlers zweites Buch. Mit einem Geleitwort von Hans Rotfels. Stuttgart 1961.

<sup>5</sup> Rauschnig, Hermann: Gespräche mit Hitler. New York 1940, 42. Viele Publikationen wiederholen in diesem oft zitierten Ausspruch die offensichtlich irrtümliche Übersetzung des Ausdrucks „wolhynische Gebiete“ (Gebiete an der Wolga) als „Wolhynien“. Die Lokalisierung der künftigen Siedlungsgebiete nach Wolhynien wäre ein Widerspruch zum Gesamtplan der Nazis hinsichtlich der Gestaltung des geographischen Raumes im Osten. Adäquater korrespondiert mit diesem Plan eine beabsichtigte Aussiedlung der Tschechen in Gebiete jenseits der Wolga, an dem die Ostgrenze des neu gestalteten Europas verlaufen sollte. Jenseits dieser Grenze begann in den Planungen der Nationalsozialisten der sog. Ergänzungsraum Turkestan. Dieser bildet – im Gegensatz zu Wolhynien – auch eine „adäquate“ Alternative zu Sibirien.

<sup>6</sup> Vgl. Ečer, Bohuslav: Norimberský soud [Das Nürnberger Gericht]. Praha 1946, 155–158.

<sup>7</sup> In einem Telegramm vom 16. März 1938 teilte der deutsche Botschafter in Prag, Eisenlohr, dem Außenministerium in Berlin u. a. mit: „Frank und Henlein sind darauf eingegangen, daß die Linie der deutschen Außenpolitik, wie sie ihnen durch die deutsche Botschaft mitgeteilt werden wird, für die Politik und Taktik der Sudetendeutschen Partei ausschließlich entscheidend sind wird. Meinen Direktiven ist zu entsprechen.“ Zugleich wurde eine regelmäßige Kontrolle der gesamten Tätigkeit der SdP vereinbart. – E b e n d a 162f.

An dieser Stelle ist es erforderlich, näher auf die allgemeinen theoretischen Vorstellungen Hitlers und der übrigen Ideologen des deutschen Faschismus hinsichtlich der Behandlung der unterworfenen Völker einzugehen. Ihre Ziele, die direkt mit der nationalsozialistischen Ideologie zusammenhingen, aus ihr hervorgingen und einen ihrer untrennbaren Bestandteile bildeten, ließen sich nur schrittweise, mittels einer Reihe politischer, wirtschaftlicher und kultureller Maßnahmen verwirklichen. Es handelte sich somit um einen Prozeß, der auf die Errichtung des Hitlerschen Tausendjährigen Reiches des deutschen Volkes abzielte. Als Grundlinie, die diesen Prozeß zusammenfaßte, kann man gerade die Germanisierung bezeichnen. Dieser Begriff muß allerdings näher charakterisiert werden, um seinen Inhalt in Übereinstimmung mit den zeitgenössischen nationalsozialistischen Vorstellungen verstehen zu können.

Mit Berufung auf die in Hitlers Buch *Mein Kampf* enthaltenen Gedanken ist auf den grundlegenden Unterschied gegenüber früheren Germanisierungskonzeptionen hinzuweisen, der sich in der Frage nach dem Hauptobjekt der Eindeutschung manifestierte. Hitler wandte sich nämlich eindeutig gegen die Praxis der vorangegangenen Jahrzehnte, die sich bei der Germanisierung der Angehörigen nichtdeutscher Völker vor allem auf das Problem der Sprache konzentrierte. Am Beispiel des alten Österreich wies Hitler nach, wie oberflächlich und wenig dauerhaft eine solche Germanisierung war, auch wenn sie unter dem Patronat der Regierung durchgeführt wurde. Nach Hitler war es ein „beinahe unverständlicher, gedanklicher Irrtum, wenn jemand annimmt, daß aus einem Neger oder einem Chinesen ein Germane wird, nur weil dieser Deutsch lernt und bereit ist, in Zukunft ausschließlich deutsch zu sprechen und bei den Wahlen seine Stimme einer der deutschen Parteien zu geben.“<sup>8</sup>

Die ursprüngliche Quelle solcher Aussagen ist nicht der Nationalismus, der in der nationalsozialistischen Ideologie eigentlich ein abgeleitetes, sekundäres Moment darstellt, sondern der konsequente Einsatz der Rassentheorie, die weder die Gleichheit der Rassen, noch der Individuen anerkannte. Ihr zufolge war die arische Rasse zur Herrschaft vorbestimmt, weil sie angeblich die stärkste Rasse sei und allein dazu befähigte, kulturelle Werte zu schaffen.<sup>9</sup> Hitler lehnte deshalb eine mechanische Bildung von Staaten mit einem einheitlichen Staatsvolk und gemeinsamer Sprache ab: „In der Geschichte trat schon oft der Fall der Unterwerfung eines Volkes auf, in dem der Sieger dem Besiegten seine Sprache aufzwang. Es ist allerdings auch geschehen, daß man tausend Jahre später zwar die Sprache des Siegers sprach, aber es sprach schon nicht mehr das siegreiche Volk, sondern ein ganz anderes, das früher unterworfen, das das im Kriege siegreiche Volk rassistisch zu überwinden vermochte.“<sup>10</sup> Die stärkere Rasse müsse herrschen, aber sie darf sich nicht mit der schwächeren vermischen und so die eigene Größe opfern.

Aus diesem Grunde strebte Hitler nicht die Germanisierung der Menschen, sondern die Germanisierung des Raumes an. „Was in der Geschichte wirklich germanisiert worden ist, mit wirklichem Nutzen, das war der Boden, den unsere Vorfahren

<sup>8</sup> Mit anderen Worten: „... die Nationalität, oder genauer gesagt, die Rasse, hängt nicht von der Sprache ab, sondern vom Blut.“ In: Hitler: *Mein Kampf* 428.

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Ebenda.

mit dem Schwert in der Hand eroberten und mit deutschen Bauern besiedelten.“<sup>11</sup> Diese Art und Weise der Germanisierung setzte allerdings die Beseitigung der eingeborenen Bevölkerung und die Kolonisierung des gewonnenen Raumes durch Menschen arischer Rasse voraus.

Wenn der rassisch geeignete Teil der Eingeborenen zur Eindeutschung ausgewählt werden sollte, so handelte es sich dabei der nationalsozialistischen Interpretation zufolge eigentlich um eine Regermanisierung, um die Rückkehr eines Menschen zum Deutschtum, der im Hinblick auf seine Vorfahren zumindest teilweise rassisch immer ein Germane gewesen war. Auf allgemeiner Ebene kann man somit in der Umerziehung des einzelnen oder eines Teils eines Volkes im Geiste des deutschen Nationalismus und deren vorbehaltloser Eingliederung in das auserwählte deutsche Volk eine der Methoden der Germanisierung im breiteren Sinne, d. h. eine der Methoden der Germanisierung des Raumes sehen.

Im Hinblick auf die unterworfenen Völker existieren im Grunde drei Möglichkeiten der Umsetzung einer so verstandenen Germanisierung, die allerdings auf dem Wege vielfältiger Formen entsprechend den historischen Gegebenheiten und den Bedürfnissen der Nationalsozialisten, u. U. außerdem entsprechend deren differenzierten Beziehungen zu diesem oder jenem Volk realisiert wurden. Mit der Wirkung dieser Faktoren läßt sich auch das unterschiedliche Tempo der Realisierung der Germanisierungspolitik in den einzelnen Ländern erklären.

Bei den ersten beiden Möglichkeiten der Umsetzung der nationalsozialistischen Germanisierung – der physischen Liquidierung der rassisch minderwertigen Personen und der Aussiedlung großer Bevölkerungsgruppen in Gebiete, die für die Nationalsozialisten weniger interessant waren – wird in der Zielsetzung der Eindeutschung gerade der Gedanke der Germanisierung des Raumes betont. Die dritte, bereits erwähnte Möglichkeit der Eindeutschung von Personen war für die Nationalsozialisten vor allem wegen des zahlenmäßigen Wachstums des deutschen Volkes attraktiv, zu dem es in deren Ergebnis kommen mußte. Andererseits wurde die Anwendung dieser Form der Germanisierung jedoch durch rassische Gesichtspunkte eingeschränkt. In der Praxis vermischte sich die Umsetzung dieser drei Varianten hinsichtlich konkreter nationaler Gemeinschaften natürlich; aus ihrer unterschiedlichen Gewichtung erwuchs dann das Bild der Germanisierung bezüglich dieses oder jenes Volkes.

Die bisher erwähnten Maßnahmen bildeten allerdings nur den Teil der Germanisierung, den die Nationalsozialisten selbst als deren negative Seite bezeichneten und deren Realisierung erst die Grundvoraussetzung – das Freimachen des Raums – für die Vollendung des ganzen Prozesses schaffen sollte. Die zweite, die sog. produktive Seite der Germanisierung hatte die Schaffung ausgedehnter Gebiete mit kompakter germanischer Bevölkerung mittels der Kolonisierung des gewonnenen Raums durch rassisch wertvolle Menschen zum Ziel.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, worauf Miroslav Kárný aufmerksam macht<sup>12</sup>, daß die mit Ostplanungen beschäftigten nationalsozialistischen Funktionäre

<sup>11</sup> E b e n d a.

<sup>12</sup> Vgl. Kárný, Miroslav: *Tajemství a legendy třetí říše* [Geheimnisse und Legenden des Dritten Reiches]. Praha 1983, 84.



in der negativen Seite des Germanisierungsprozesses keinerlei Schwierigkeiten erblickten. Sie sahen keinen Grund zu Befürchtungen, daß die Besiedlung des Ostens durch die langsame Freiwerdung der Siedlungsgebiete beeinträchtigt werden könnte. – Sie hatten ihre Möglichkeiten in dieser Richtung bereits bei der Endlösung der Judenfrage ausprobiert, und die zu diesem Zweck errichteten Menschenvernichtungskapazitäten des Dritten Reiches ließen sich ohne weiteres im erforderlichen Umfang ausbauen. Ihr Hauptproblem war umgekehrt die Frage, woher sie eine ausreichende Anzahl rassistisch geeigneter Kolonisten nehmen sollten. Die Nazis suchten deshalb nach verschiedensten Möglichkeiten, wie sie die zahlenmäßige Größe des deutschen Volkes erhöhen könnten. Dabei kam die Umsiedlung von Gruppen von Volksdeutschen aus dem Ausland ebenso zur Anwendung wie eine umfangreiche propagandistische Einwirkung auf deutsche Familien, aber auch auf ledige deutsche Frauen mit dem Ziel, die Geburtenrate zu steigern und eine Anzahl von vier Kindern pro gebärfähiger Frau als optimal durchzusetzen<sup>13</sup>.

Bei der praktischen Realisierung der Germanisierung und der mit ihr in Zusammenhang stehenden Planungen sind einige Umstände zu berücksichtigen, die ihren Verlauf wesentlich beeinflusst haben. Eine gewisse zeitliche Zäsur im Übergang von theoretischen Erwägungen und Planungen zu deren Realisierung stellt unserer Meinung nach der für die Nationalsozialisten siegreiche Feldzug gegen Polen dar. Durch die Entfesselung des Krieges konnten sie ihren Handlungsspielraum partiell erweitern, indem sie nunmehr weniger Rücksicht auf die Meinung des Auslands hinsichtlich ihres Vorgehens nehmen mußten und zugleich durch den geplanten Feldzug umfangreiche Gebiete gewannen, von denen klar war, daß deren Germanisierung zu einer erstrangigen Aufgabe für sie werden würde.

Im Zuge der späteren Ausweitung der besetzten Gebiete im Osten wurden auch die Pläne zu deren Germanisierung modifiziert und weiterentwickelt, sowohl was die globalen Projekte vom Typ des Generalplans Ost betraf als auch die Richtlinien, die für konkrete lokale Verhältnisse erarbeitet wurden. Den Abschluß dieser häufig sehr systematischen und detaillierten Materialien plante man für den Zeitraum nach Beendigung der militärischen Operationen, in dem das dadurch frei werdende menschliche und materielle Potential vom Reich vollauf in Richtung der Germanisierung eingesetzt werden sollte.

Der Krieg und die Situation an den Fronten stellten somit für die Entwicklung der Germanisierungspolitik einschränkende Faktoren dar; deshalb untersagte Hitler auch weitere, auf den Zeitraum nach Beendigung des Krieges bezogene Planungen für die Gestaltung der eroberten östlichen Länder, nachdem zu Beginn des Jahres 1943 die Zeit der großen militärischen Erfolge des nationalsozialistischen Deutschland definitiv zu Ende gegangen war<sup>14</sup>. Die Ergebnisse, die die Nationalsozialisten in dem ihnen zur Verfügung stehenden begrenzten Zeitraum auf einem begrenzten Territorium bei der Germanisierung erreichten, beweisen, daß die deutschen Faschisten bereit und in der Lage waren, unter günstigen Voraussetzungen viele der Pläne der Ostexperten Hitlers

<sup>13</sup> Vgl. Král: *Zločiny proti Evropě* 109–115.

<sup>14</sup> Vgl. Kárný: *Generální plán Východ* 380.

in die Tat umsetzen. Auf der anderen Seite muß man sich aber auch dessen bewußt bleiben, daß es gerade die Außerordentlichkeit der Kriegssituation war, die es ihnen erlaubte, ohne Rücksicht auf das internationale Echo Millionen Zivilisten zu liquidieren und weitere Verbrechen zu begehen. Die verantwortlichen Nationalsozialisten lebten in dieser Zeit im Gefühl der Verpflichtung, diese Taten auf sich nehmen und Europa rassisch reinigen zu müssen, gerade weil die nachfolgenden Generationen dies nicht so schnell und konsequent würden tun können.

Bezüglich der Frage nach dem weiteren Schicksal des tschechischen Volkes war auf einer allgemeinen Ebene im Rahmen der Gesamtkonzeption der Hitlerschen Ostpolitik von Anfang an klar, daß die böhmischen Länder zu räumen und in das Großdeutsche Reich einzugliedern seien. Zugleich zeigt das Quellenmaterial aber, daß sich die Nationalsozialisten lange Zeit nicht mit der Vorbereitung konkreter Maßnahmen und Schritte zur Realisierung des Teilziels ihrer Germanisierungspolitik im Hinblick auf unsere Länder, d. h. zur Liquidierung der Tschechen als einer mitteleuropäischen Nation, beschäftigten. Alle bekannten Fakten weisen in die Richtung, daß es nicht einmal im März 1939, wie man erwarten könnte, zur Festlegung einer verbindlichen, einheitlichen Linie der Germanisierung des Protektorats kam, sondern erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1940<sup>15</sup>.

Die führenden Repräsentanten des nationalsozialistischen Deutschlands widmeten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre der Außenpolitik ihres Staates maximale Aufmerksamkeit. Im Ergebnis ihrer Aktivitäten erreichte Hitler – auf eine für ihn selbst überraschend mühelose Art und Weise – den Abschluß des Münchener Abkommens sowie weitere seinen Zielen günstige außenpolitische Veränderungen. Hitlers Selbstbewußtsein stieg dadurch beträchtlich. Wie schon erwähnt, wurde die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins in dieser Zeit zu einem direkten Werkzeug der Hitlerschen Politik gegenüber der Tschechoslowakei. Die Sudetendeutschen vermochten Hitlers Richtlinien über die allgemeine Tätigkeit der deutschen Fünften Kolonne in den Nachbarländern des Reichs mit Erfolg in die Tat umzusetzen<sup>16</sup>. Es überrascht daher nicht, daß gerade aus diesem Milieu die ersten Pläne hervorgingen, die sich mit den nahen und fernen Perspektiven der Beziehung zwischen Deutschen und Tschechen beschäftigten.

Während der Existenz der Zweiten Republik setzten die im tschechischen Binnenland wohnenden Deutschen diese Linie fort. Davon legt z. B. die Nachschrift eines Vortrags des Abgeordneten Kundt vom Februar 1939 Zeugnis ab, in der betont wird, daß „die Deutschen mit Rücksicht auf die künftige deutsche Politik im Südosten

<sup>15</sup> Noch im August 1940 schrieb der Brünner Oberlandrat Hofmann, daß sich „die bisherige Arbeit der deutschen Behörden, soweit sie auf die Unterstützung des Deutschtums gerichtet ist, ... noch nicht des Mangels an einem einheitlichen Plan der Anfangsphase der Arbeit zu entledigen vermochte“. Volkstumspolitik im Lande Mähren, Staatliches Regionalarchiv Brunn (SOAB), Fonds B251, Karton 1, Sign. taj. 22, Fol. 231.

<sup>16</sup> Hitlers Anweisungen an die Auslandsdeutschen für die Vorbereitung einer Aggression vom Sommer 1934 siehe bei Gajan, Koloman (Hrsg.): *Německý imperialismus proti ČSR 1918–1939* [Der deutsche Imperialismus gegen die ČSR 1918–1939]. Praha 1962, 249f.

nicht aus der Tschechoslowakei ins Reich übersiedeln dürfen“<sup>17</sup>. Die Rolle dieser Deutschen bei der Germanisierung der böhmischen Länder beschrieb der Olmützer Oberlandrat Molsen im Dezember 1939 auf unmißverständliche Weise mit den Worten: „... der nationale Kampf muß in erster Linie mit aller Entschiedenheit von den Deutschen im Protektorat selbst geführt werden“<sup>18</sup>.

Die Führung der SdP unter Henlein erarbeitete aber auch einen langfristigen Plan, der einen Vorschlag für einen ganzen Komplex von Maßnahmen darstellt, mit deren Hilfe die tschechische Nationalität schrittweise in mehreren Etappen liquidiert werden sollte. Es handelt sich dabei um das bekannte Aktionsprogramm dieser Partei vom Sommer 1938<sup>19</sup>. In vielen Punkten widerspiegelt dieses Aktionsprogramm die Ansichten und Pläne der führenden nationalsozialistischen Kreise in Berlin; zugleich zeigen sich darin aber auch die Ambitionen der Sudetendeutschen selbst.

Dieser Plan entstand noch in der Zeit der Existenz eines einheitlichen tschechoslowakischen Staates und deckt eindeutig die Absichten der Nationalsozialisten auf, sich auf keinen Fall mit der Abspaltung des Sudetengebietes zu begnügen. Die Frage des Fortbestehens der Tschechoslowakei sahen die Anhänger Henleins schon damals unter zweierlei Gesichtspunkten; zum einen als Problem der böhmischen Länder, die restlos in das Großdeutsche Reich eingegliedert werden sollten, zum anderen als Problem der Slowakei und der Karpatho-Ukraine, für die man mit einer selbständigen Entwicklung rechnete. Dieses differenzierte Vorgehen sollte zugleich die Kraft der beiden staatstragenden Völker der ČSR aufsplintern und den Gedanken an das gemeinsame Slawentum in den Hintergrund drängen.

Die Sudetendeutschen sahen in der Zeit der Entstehung dieses Dokuments das praktisch einzige Mittel zur Lösung der Situation in einem militärischen Konflikt und orientierten ihr Programm daher ausschließlich auf diese Variante der Entwicklung. Insbesondere trat in diesem Zusammenhang ihr Bemühen zutage, die eigene Bevölkerung und deren Eigentum vor den Auswirkungen der erwarteten militärischen Konfrontation zu schützen. Das von der deutschen Minderheit bewohnte Territorium der ČSR sollte von der Wehrmacht als eigenes Land behandelt werden, während die von Tschechen besiedelten Gebiete zu Feindesland deklariert wurden. Des weiteren sollten den militärischen Einheiten des Reiches bis auf die Ebene der Kompanien hinunter sudetendeutsche Berater in nationalpolitischen Fragen zugeteilt werden.

Nach der siegreichen Beendigung der bewaffneten Aktionen sollte das eroberte Land für einen gewissen Zeitraum militärisch okkupiert werden. Zum gleichen Zeitpunkt wäre auch die Vollendung des Großdeutschen Reiches feierlich zu verkünden. An dieser Stelle unterschätzten die Anhänger Henleins allerdings Hitlers expansive Pläne. Dieser hegte entschiedenermaßen auch im Sommer 1938 nicht die Absicht, den

<sup>17</sup> „Der Anschluß der Sudeten ans Reich war nur die erste Etappe der Eroberungen im Osten. Die deutsche Volksgruppe wird das Feld für künftige Aktionen des Reiches im Südosten, mit denen man sehr bald wird rechnen müssen, zu bearbeiten haben.“ E b e n d a 498f.

<sup>18</sup> Aktive Volkstumsarbeit, 9. Dezember 1939, SOAB, Fonds B 251, Karton 1, Sign. taj. 6, Fol. 86.

<sup>19</sup> Es handelt sich dabei um ein nichtdatiertes Dokument aus dem politischen Büro Henleins in Asch. Dem Inhalt nach entstand es wahrscheinlich im Zeitraum von Mai bis August 1938. – Vgl. K r á l / F r e m u n d : Čhtěli nás vyhubit 29–40.



Ausbau des Großdeutschen Reiches mit der Eingliederung der Tschechoslowakei abzuschließen. Zur Stärkung ihrer eigenen Machtposition auf dem neugewonnenen Reichsgebiet strebten die Sudetendeutschen an, daß Henlein, der intern schon seit 1935 Gauleiter der Sudetendeutschen war, zum „Reichsstatthalter für die böhmischen Länder“ ernannt würde.

Für uns sind insbesondere diejenigen Passagen des erwähnten Dokuments interessant, die einen Überblick über die gegen das tschechische Volk beabsichtigten Maßnahmen bieten. Im Zeitraum der militärischen Okkupation sollten die Regierungs- und Verwaltungsvollmachten von der deutschen Armee wahrgenommen werden. Nach Beendigung der Militärverwaltung würden deren Vollmachten ungeteilt auf den Reichsstatthalter, d. h. auf den Führer der Sudetendeutschen, Henlein, übergehen. Alle zentralen Stellen des ehemaligen tschechoslowakischen Staates würden von Deutschen, Henleinanhänger darin inbegriffen, besetzt werden. Gleiches sollte auch für die Regionalverwaltungen und für autonome Organe gelten. Für den Zeitraum der Militärverwaltung rechnete man darüber hinaus mit dem Beginn aller wichtigen Maßnahmen, „die geeignet sind, das tschechische Volk zu teilen und zu zerstreuen“. Unmittelbar nach Beendigung der militärischen Aktionen sollten die nachfolgenden Prinzipien durchgesetzt werden:

„– Deutsch ist die einzige öffentlich gültige Sprache.

- Das gesamte tschechische Schulwesen und andere Bildungseinrichtungen werden bis auf weiteres geschlossen.
- Die Kirchen werden einer strengen Aufsicht unterstellt, und in den tschechischen Gebieten ist unverzüglich ihre Entnationalisierung einzuleiten.
- Die im 19. Jahrhundert gültigen Ortsbezeichnungen werden als einzig gültige wieder eingeführt.
- Alle tschechischen Druckschriften werden verboten – soweit dies nicht schon während der militärischen Aktionen geschehen ist.
- Die auf tschechischem Gebiet [wirkende – d. Übers.] Polizei ist besonders sorgfältig aufzubauen.
- Im Rahmen großer Reichsunternehmen, insbesondere bei der Bahn, bei der Post und anderen Staatsbetrieben, wird in dem von tschechischer Bevölkerung bewohnten Gebiet so schnell wie möglich ein genereller Austausch des Personals vorgenommen. Die [betroffenen – d. Übers.] Tschechen werden auf das gesamte Reichsgebiet verteilt.
- Einsetzung kommissarischer Leiter für tschechische Banken, Industriebetriebe usw.
- In gleicher Weise bekommen alle tschechischen Verbände und Vereine, insbesondere die, die national-politischen Charakter besitzen, einen Kommissar, dessen Aufgabe es ist, sie zu liquidieren. Alle kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen erhalten einen Kommissar, der sie in entsprechende deutsche Institutionen (Universitäten, Museen usw.) zu überführen hat.

- Tschechische Buchläden werden geschlossen, tschechische Büchereien beschlagnahmt. In gleicher Weise beschlagnahmt die Polizei auf der Grundlage einer entsprechenden Durchforstung Quellenmaterial zur tschechischen Nationalgeschichte und Altertümer in den Archiven und Sammlungen.
- Das gesamte Militärwesen der ehemaligen tschechoslowakischen Armee wird liquidiert.
- Alle wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen sind unter Berücksichtigung dessen durchzuführen, daß breite Schichten der tschechischen Bevölkerung (Industriearbeiter) in Gebiete außerhalb Böhmens umgesiedelt werden sollen und daß der Zuzug breiter Schichten deutscher Bevölkerung aus dem gesamten Territorium des Deutschen Reiches in die tschechischen Gebiete zu unterstützen ist.<sup>20</sup>

Bei der Beurteilung dieses Aktionsprogramms kommen wir zu dem Schluß, daß es einen Maßnahmenkatalog wider das tschechische Volk enthält, der sehr hart, kompromißlos und bei langfristiger Wirkung offensichtlich erfolgversprechend war. Aus den großen Ansprüchen hinsichtlich der Umsiedlung der tschechischen Bevölkerung ins Reich und umgekehrt der Reichsdeutschen in die ursprünglich tschechischen Gebiete sowie auch das aus einigen Thesen hinsichtlich der Vollendung des Großdeutschen Reiches kann man ableiten, daß die Anhänger Henleins in absehbarer Zeit nicht mit einer weiteren Expansion rechneten, denn nur unter dieser Voraussetzung war es überhaupt möglich, ihre zitierten Absichten zu realisieren. Insgesamt betrachtet entsprach das von den Sudetendeutschen geplante Herangehen an die tschechische Frage jedoch eher der von Hitler verurteilten Konzeption der Germanisierung als eines Sprachenproblems. Die von ihnen vorgeschlagene Lösung bleibt somit von Hitlers Warte aus auf äußerliche Faktoren beschränkt, da sie nicht das für ihn grundsätzliche Prinzip der Auswahl der zur Eindeutschung vorgesehenen Personen nach rassischen Gesichtspunkten enthält. Globale rassische Aspekte bleiben im Aktionsprogramm der SdP vom Sommer 1938 nahezu unberücksichtigt<sup>21</sup>. In diesem Zusammenhang bietet sich die Möglichkeit eines Vergleichs der Vorstellung der Anhänger Henleins mit der Realität an, so wie sie sich im Ergebnis der Auswirkungen nach dem 15. März 1939 herausbildete. Bei einem solchen Vergleich ist allerdings zu beachten, daß die Situation im Protektorat einer recht rasanten Entwicklung unterlag, so daß sich die einzelnen Phasen der Okkupation in vielfältiger Weise voneinander unterschieden.

Zum grundlegenden staatsrechtlichen Dokument wurde nach der Durchführung der militärischen Okkupation der Erlass des Führers und Reichskanzlers vom 16. März 1939 über das Protektorat Böhmen und Mähren<sup>22</sup>. Im Vergleich mit diesem

<sup>20</sup> Ebenda 36.

<sup>21</sup> „Eheschließungen zwischen Angehörigen des deutschen und tschechischen Volkes sind nicht zu behindern, sofern die deutsche Erziehung der Kinder gewährleistet ist ... Wer einmal während dieser einschneidenden Veränderungen seinen Weg vom Tschechentum zu uns gefunden hat, der soll fühlen, daß wir ihn als Staatsbürger Deutschlands und auch als Volksgenossen schätzen.“ Ebenda 38 und 40.

<sup>22</sup> Vgl. Otáhalová, Libuše/Červinková, Milada (Hrsg.): *Dokumenty z historie čes-*

Erlaß war das Aktionsprogramm der SdP vom Sommer 1938 für das tschechische Volk weitaus ungünstiger. Der relativ gemäßigte Charakter des Erlasses über das Protektorat Böhmen und Mähren war vor allem zwei Faktoren zu verdanken: zum einen der Tatsache, daß Hitler die Einrichtung des Protektorats als eine zeitweilige Maßnahme verstand. Deshalb entsprachen viele Bestimmungen in dieser Rechtsvorschrift durch ihre Zweideutigkeit und die Möglichkeit unterschiedlicher Auslegungen der bisher noch nicht völlig festgelegten Politik des Reiches gegenüber den Tschechen.

Andererseits wurden die Entscheidungen der Nationalsozialisten in der Zeit der Errichtung des Protektorats noch relativ stark von der internationalen Situation beeinflusst, auf die sie noch in weitaus höherem Maße Rücksicht zu nehmen hatten als nach Ausbruch des Krieges. Diesen Aspekt belegen eindeutig die Worte K. H. Franks, daß „sich das Reich durch den Krieg innerhalb kurzer Zeit in Europa und in der Welt eine dominierende Stellung erobert hat, wodurch ein gewisser Teil der außenpolitischen Rücksichten vom März 1939 weggefallen sind“<sup>23</sup>, sowie auch eine ähnliche Äußerung Neuraths<sup>24</sup>.

Die Henlein-Anhänger rechneten in ihren Erwägungen entschiedenmaßen nicht damit, daß das territorial dem Reich angeschlossene und „unter seinen Schutz“ gestellte tschechische Volk eine autonome Stellung mit eigenen Verwaltungsorganen, Behörden und Beamten, mit einem Präsidenten und einer Regierung erhalten würde. Gerade der Umfang der Autonomie war jedoch im Erlaß vom 16. März 1939 sehr unbestimmt formuliert worden. Die tschechische Autonomie wurde vor allem durch die Bestimmungen des 5. Artikels des Erlasses abgeschwächt, denen zufolge ein Reichsprotektor als Interessenvertreter des Reiches zu ernennen war, mit dem Recht, die personelle Zusammensetzung der Protektoratsregierung zu bestätigen, sich zu deren Beschlüssen mit entscheidender Stimme zu äußern und eigene Regierungsverordnungen zu erlassen. In ähnlicher Weise ermöglichte der 11. Artikel auch dem Großdeutschen Reich selbst, für das Protektorat gültige Rechtsvorschriften zu erlassen, Verwaltungssachgebiete des Protektorats in die eigene Verwaltung zu übernehmen und alle erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung auf dem Territorium des Protektorats zu ergreifen. Das Reich übernahm auch gemäß Artikel 6 die Führung der auswärtigen Angelegenheiten des Protektorats und gemäß Artikel 7 dessen militärische Sicherung, wenn in diesem Punkte auch die Möglichkeit offenblieb, eigene bewaffnete Einheiten in einem vom Reich zu entscheidenden Umfang zu bilden.

---

koslovenské politiky 1939–1943 [Dokumente aus der Geschichte der tschechoslowakischen Politik 1939–1943]. Praha 1966, 418–420.

<sup>23</sup> K. H. Franks „Denkschrift über die Behandlung des Tschechen-Problems und die zukünftige Gestaltung des böhmisch-mährischen Raumes“ siehe bei Král, Václav: Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933–1947. Praha 1964, Dok. Nr. 315, S. 417.

<sup>24</sup> „Für die staatsrechtliche Form des Protektorats, für den tschechischen Reststaat, waren seinerzeit in erster Linie außenpolitische Gesichtspunkte richtungsweisend.“ – Neuraths Anmerkungen zur Frage der künftigen Gestaltung des böhmisch-mährischen Raums siehe in Njurnbergskij process [Der Nürnberger Prozeß]. Bd. 2. Moskva 1966, 106.

Nationalitäten- und Rassenfragen berührte der Hitler-Erlaß lediglich in seinem 2. Artikel über die Protektorats- und Reichsstaatsangehörigkeit, in dem der Aspekt der Isolation des tschechischen Volkes, die Schaffung von Bedingungen für den Schutz der Rasse und die individuelle Prüfung der rassischen Eignung in jedem einzelnen Fall des Antrags auf Verleihung der Reichsstaatsangehörigkeit an einen Protektoratsstaatsangehörigen festgehalten sind. Hitlers Erlaß vom 16. März 1939 über die Schaffung des Protektorats war somit unter dem Einfluß der o.g. Tatsachen und weiterer Umstände nicht als ein Dokument konzipiert worden, das die Existenz des tschechischen Volkes unter nationalen Gesichtspunkten lösen sollte, sondern eher als ein Werkzeug zu dessen politischer Beherrschung.

Gerade auf dem Felde der nationalen Frage zeigte sich mit besonderer Deutlichkeit, wie unvorbereitet die Politik Hitlers war, ihre eigenen theoretischen Postulate in die Praxis umzusetzen, wenn zu diesem Zustand auch noch eine Reihe weiterer limitierter Faktoren beitrug. Aus diesem Grunde besaßen die Verordnungen und gesetzlichen Bestimmungen im Anschluß an den Erlaß vom 16. März 1939, ganz gleich, ob sie von der Protektoratsregierung oder direkt vom Reichsprotektor erlassen wurden, eher den Charakter der von Hitler abgelehnten oberflächlichen Eindeutlichkeit, wenn sich auch auf allen Gebieten eine innere Entwicklung in Richtung auf die Erhärtung und Vertiefung der erlassenen Maßnahmen beobachten läßt.

Ein detaillierterer Vergleich zeigt, daß die Henlein-Anhänger in ihrem Aktionsprogramm in Fragen der nationalen Unterdrückung der Tschechen weiter gingen, als sich die Nationalsozialisten dies in der ersten Phase der Okkupation erlauben konnten, wenn sie sich auch in ihrer praktischen Tätigkeit in einigen Aspekten dem sudenteutschen Plan annäherten oder ihn gar direkt realisierten. Verständlicherweise nahmen die Nationalsozialisten eine solcherart gemäßigte Haltung, die nicht ganz ihren strategischen Zielen entsprach, nur unter Druck an – in der Anfangsphase unter dem Druck der bereits genannten internationalen Zusammenhänge und später unter den Zwängen der Anforderungen an die Kriegswirtschaft, die von der Situation an den Fronten diktiert wurden.

Deutsch wurde zwar nicht zur einzigen öffentlich gültigen Sprache<sup>25</sup>, aber die

<sup>25</sup> Entsprechend der Verordnung über die Amtssprache vom 21. März 1939 werden „im Protektorat Böhmen und Mähren die Amtsgeschäfte in deutscher und tschechischer Sprache geführt“. – *Verordnungsblatt für Böhmen und Mähren* (1939) Nr. 3, S. 11. Im Bericht des Reichsprotektors vom Oktober 1940 konstatiert dieser allerdings schon, daß „der deutschen Sprache überall in der Öffentlichkeit und auch im privaten Verkehr der Vorrang vor der tschechischen Sprache gegeben wird. Nachdem im vergangenen Jahr überall im öffentlichen Dienst ... beide Sprachen als Amtssprachen eingeführt worden sind – bei Vorrang des Deutschen – kommt nunmehr das Prinzip zur Anwendung, daß zwar sowohl Deutsch als auch Tschechisch Amtssprachen sind, man aber auch überall die deutsche Sprache allein verwenden kann.“ Weil die tschechische Privatwirtschaft es fast geschlossen ablehnt sich anzupassen, „wurde durch die Protektoratsregierung eine Richtlinie vorgeschlagen, derzufolge alle öffentlichen Aufschriften und Bekanntmachungen ... deutsch oder deutsch-tschechisch auszuführen sind, was inzwischen realisiert wurde.“ – Bericht über die von der Behörde des Reichsprotektors geleistete Volkstumsarbeit, 8. Oktober 1940. Staatliches Zentralarchiv Praha (SUA), Fonds der Behörde des Reichsprotektors (ÚRP), Karton 287, Sign. I 1b–2000, S. 19f. Am 5. März 1940 wurde auch ein Erlaß über die Orts- und Ortsteil-

entsprechenden Verordnungen legten eine durchgängige Zweisprachigkeit bei vorrangiger Anwendung des Deutschen fest. Später erlassene Verordnungen erweiterten den anfänglich festgelegten Status quo um die Pflicht, in bestimmten Fällen ausschließlich die deutsche Sprache zu benutzen. Im engen Zusammenhang damit kam es auch zur Einführung deutscher geographischer Namen und zur Festlegung, alle öffentlichen Aufschriften und Bekanntmachungen deutsch oder deutsch-tschechisch auszuführen<sup>26</sup>.

Als völlig unrealisierbar erwies sich die Forderung, das tschechische Schulwesen mit einem Schlag zu schließen und durch ein deutsches Schulwesen zu ersetzen. Tatsache bleibt allerdings, daß das Schulwesen im Zusammenhang mit der auf das tschechische Volk ausgerichteten Germanisierungskonzeption der Nationalsozialisten im Zentrum ihrer Aufmerksamkeit stand. Ziel der Eingriffe in das Schulwesen war es, einerseits die tschechische Bildung spürbar einzuschränken, andererseits im Gegenteil die deutsche Bildung zu fördern.

Die Art und Weise des Versuchs, an die tschechische Bildung unter dem Aspekt der Germanisierung zu beseitigen, belegt ein Vergleich der Schülerzahlen an den tschechischen und deutschen Mittelschulen im Schuljahr 1938/39 und 1943/44. Die Anzahl der Schüler an den tschechischen Schulen sank von 95 164 auf 42 838, während sie an den deutschen Schulen von 3 913 auf lediglich 4 697 stieg<sup>27</sup>. Diese Tatsache zeigt in aller Klarheit, daß die Absicht der Nationalsozialisten nicht einfach in einem Ersatz der tschechischen Schulen durch deutsche bestand, sondern im Abbau des Bildungsniveaus des tschechischen Volkes überhaupt.

Die Situation, die beim Ausbau des deutschen Schulwesens im Protektorat entstand, zeigt, mit welchen Problemen diese Ausweitung verbunden war, denn der Reichsprotektor und seine Behörde mußten große Anstrengungen unternehmen, um geeignete Gebäude zu gewinnen und den großen Lehrermangel zu beheben. Letzteres gelang nur durch die Berufung von Lehrern aus dem Reichsgebiet<sup>28</sup>. Die Irrationalität der ursprünglichen sudetendeutschen Forderungen spiegelt sich gerade in den Mühen, mit denen diese im Grunde einfachen Probleme überwunden wurden. – Handelte es sich doch lediglich um den Ausbau eines Minderheitenschulwesens, das noch dazu an die Leistungen des in der ehemaligen Tschechoslowakei existierenden deutschen Schulwesens anknüpfen konnte. Das Problem der materiellen und menschlichen Ressourcen verschob somit die Möglichkeit einer komplexen Lösung dieser Frage in die Sphäre einer längerfristigen Perspektive.

---

bezeichnungen im Protektorat veröffentlicht, demzufolge diese in deutscher Sprache gemäß dem Lexikon „Amtliches Deutsches Ortsbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren“ verwendet werden sollten. – Mitteilungsblatt des Ministeriums für Schulwesen und Volksbildung 22 (1940) 69. Die Entwicklung der Sprachenverordnungen siehe komplex bei S o b o t a, Emil: Co to byl protektorát? [Was war das Protektorat?]. Praha 1946, 89–120.

<sup>26</sup> Bericht über die von der Behörde des Reichsprotektors geleistete Volkstumsarbeit, 8. Oktober 1940, SÚA, Fonds ÚŘP, Karton 287, Sign. I 1b–2000, S. 20f.

<sup>27</sup> K r á l: Otázky hospodářského a sociálního vývoje Bd. 1, 44.

<sup>28</sup> Bericht über die von der Behörde des Reichsprotektors geleistete Volkstumsarbeit, 8. Oktober 1940, SÚA, Fonds ÚŘP, Karton 287, Sign. I 1b–2000, S. 4–8.



Eine andere Situation entstand im tschechischen Schulwesen, das planmäßig unterdrückt und eingeschränkt wurde. Das Entstehen weiterer Generationen einer tschechischen Intelligenz, die von den Nationalsozialisten als gefährlichste Schicht des Volkes angesehen wurde, verhinderte die Schließung der tschechischen Hochschulen im Herbst 1939 auf eine Dauer von drei Jahren, wobei die Hitleranhänger allerdings keinesfalls tatsächlich mit ihrer Wiedereröffnung rechneten<sup>29</sup>. Auch das mittlere und niedere Schulwesen unterlag Persekutionen. Hier gingen die Nationalsozialisten mit den Mitteln von Eingriffen in den Lehrstoff und die Lehrbücher vor, mit der Ausweitung des Deutschunterrichts, der Beschlagnahme von Schulgebäuden, der Begrenzung der Klassenzahlen, der Umverlegung und Liquidation ganzer Schulen bis hin zur völligen Zerstörung des tschechischen Schulwesens am Ende des Krieges<sup>30</sup>.

Eine ähnliche Situation wie im Falle des Schulwesens entstand auch bei der Realisierung der Forderung nach der Übernahme aller Verwaltungsfunktionen im Protektorat durch Deutsche. Dadurch, daß es ihnen gelang, Präsident Hácha und die Protektoratsregierung – und damit eigentlich den ganzen tschechischen Verwaltungsapparat – in die Position gehorsamer Vollstrecker nationalsozialistischer Anweisungen zu drängen, vermochten die Okkupanten ohne größere Unregelmäßigkeiten und Probleme den Betrieb der Verwaltungsorgane mit einem Minimum an eigenen Kräften, an denen ein spürbarer Mangel herrschte, aufrechtzuerhalten. Im Oktober 1940, in einer Zeit also, in der die Nationalsozialisten im Ergebnis ihrer militärischen Erfolge ihre Forderungen steigerten, nahm der Reichsprotektor in einem seiner Berichte zur Frage der Germanisierung der Protektoratsverwaltung eindeutig Stellung: „Das nationalpolitische Ziel im Protektorat besteht nicht in einer verwaltungsmäßigen Trennung der Tschechen und der Deutschen, sondern im Eindringen deutscher Kräfte in die autonome Verwaltung und in der damit verbundenen Liquidierung der Autonomie.“<sup>31</sup>

Es wurde auch kein einheitliches Verbot der Herausgabe aller tschechischen Druckschriften verfügt. Es wurde allerdings eine strenge Zensur eingeführt, die zur Folge hatte, daß die Presse während der Okkupation den Willen der Okkupanten und der Protektoratsregierung zum Ausdruck bringen mußte. Die Presse mußte die offiziell vorgegebene politische Linie einhalten; anders hätte sie nicht existieren können. Die Zeitungen widerspiegelten in dieser Zeit somit nicht die wahre Meinung des tschechi-

<sup>29</sup> In K. H. Franks „Denkschrift über die Behandlung des Tschechen-Problems ...“ lesen wir dessen Äußerung: „Nie mehr tschechische Hochschulen, nur vorübergehend ein ‚Collegium bohemicum‘ an der deutschen Universität in Prag.“ – Siehe Král: *Die Deutschen in der Tschechoslowakei*, Dok.-Nr. 315, S. 420.

<sup>30</sup> Pa s á k, Tomáš: *Organizační a správní změny v českém školství v období nacistické okupace* [Die Veränderungen in Organisation und Verwaltung des tschechischen Schulwesens in der Zeit der nationalsozialistischen Okkupation]. In: *In memoriam Zdeňka Fialy*. Praha 1978, 215–255. – Bo s á k, F.: *Česká škola v době nacistického útlaku* [Die tschechische Schule in der Zeit der nationalsozialistischen Unterdrückung]. In: *Sborník Pedagogické fakulty v Českých Budějovicích, vědy společenské – historie*. Praha 1969.

<sup>31</sup> Bericht über die von der Behörde des Reichsprotektors geleistete Volkstumsarbeit, 8. Oktober 1940, SÚA, Fonds ÚRP, Karton 287, Sign. I 1b–2000, S. 16. Auf die Vorzüge dieser Art und Weise der Aufrechterhaltung der Verwaltung im Protektorat machte auch Neurath aufmerksam, der sich für die Erhaltung des bestehenden Systems auch in Zukunft aussprach. – Vgl. Njurnbergschij process, Bd. 2, 106f.

schen Volkes. Es bestand vielmehr ein grundlegender Unterschied zwischen der in der Presse veröffentlichten Meinung und dem überwiegend antifaschistischen Denken und Fühlen der Bevölkerung. Trotz aller Loyalität wurde eine Reihe von Zeitungen, Zeitschriften und auch amtlichen Mitteilungsblättern im Verlaufe der Okkupation nach und nach verboten. Die Anzahl der verbotenen Titel stieg letztendlich auf 1887, was das hohe Maß der Persekution der tschechischen Presse im Protektorat bestätigt<sup>32</sup>.

Die Okkupation griff auch spürbar in die Tätigkeit der verschiedenen Verbände und Vereine ein, die untrennbar zum Charakter des tschechischen Volkslebens gehörten. Eine Reihe von ihnen wurde schrittweise liquidiert – insbesondere diejenigen, die die Nationalsozialisten für gefährlich hielten, wie z. B. den Tschechoslowakischen Legionärsverband. Umgekehrt wurde die Entstehung solcher Organisationen gefördert, die unter der Aufsicht der Okkupationsmacht einen ständig deutlicheren Kurs auf die Kollaboration mit dem Großdeutschen Reich nahmen, wie z. B. der Bund für die Zusammenarbeit mit den Deutschen, die Nationale Angestellten-Gewerkschaftszentrale oder später das Kuratorium für die Erziehung der Jugend.

Unter dem Aspekt der Germanisierungsbemühungen besaß der tschechoslowakische Sokol-Turnverein eine ganz außerordentliche Stellung. Seine Auflösung bedeutete den Untergang einer großen, das tschechische Nationalbewußtsein stärkenden Organisation. Zugleich war der Sokol eine bedeutende Basis für den inländischen Widerstandskampf gegen die Nationalsozialisten. Andererseits benutzten die Protektoratsdeutschen das beschlagnahmte Eigentum des Sokols für ihre eigene politische und Vereinstätigkeit. Es diente somit der – aus Sicht der Protektoratsdeutschen – positiven Seite der Germanisierung, d. h. der Stärkung des Deutschtums in Böhmen und Mähren<sup>33</sup>.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der soeben durchgeführten Vergleiche kann man konstatieren, daß das Aktionsprogramm der Sudetendeutschen Partei Henleins aus dem Jahre 1938 in vielen Punkten eher den Endzustand der ersten Phase der Eindeutschung des tschechischen Volkes festhielt, den man, wie die spätere Realität bestätigte, in der konkreten historischen Situation der böhmischen Länder im Jahre 1939 nicht durch einen einmaligen Rechtsakt im unmittelbaren Anschluß an die militärische Okkupation des Territoriums derselben erreichen konnte.

Es existierte eine Reihe von Gründen, weshalb die Okkupanten nur schrittweise zur Erfüllung ihrer einzelnen Postulate gelangen konnten. Im Zeitraum bis zum Ausbruch des Krieges wurden die Entscheidungen Hitlers nachweislich in bedeutendem Ausmaße von der internationalen Situation und insbesondere von der Reaktion der westlichen Großmächte beeinflusst. Eine gewisse Rolle spielte sicher auch der

<sup>32</sup> Pa s á k, Tomáš: Soutis legálních novin, časopisů a úředních věstníků v českých zemích z let 1939–1945 [Liste der legalen Zeitungen, Zeitschriften und amtlichen Mitteilungsblättern in den böhmischen Ländern in den Jahren 1939–1945]. Praha 1980, 79.

<sup>33</sup> Mit der Nutzung des Eigentums des Sokols rechneten die Nationalsozialisten bereits vor dessen Verbot. Der Iglauer Oberlandrat Fiechtner machte am 14. Dezember 1940 auf die „reichen Möglichkeiten, wie man näher an das Eigentum des Sokols herankommen könnte, das in Gestalt von Turnhallen, Sportplätzen, Sälen, Theatern und Kinos nach der Auflösung dieses Vereins sehr zur Stärkung des Deutschtums beitragen könnte“, aufmerksam. – SÚA, Fonds ÚRP, Karton 290, Sign. I 1b–2020–2, Fol. 3b.

Umstand, daß die Nationalsozialisten, die verhältnismäßig lange nicht über eine einheitlich ausgearbeitete Richtlinie für das konkrete Vorgehen bezüglich des tschechischen Volkes verfügten, gewissermaßen im Protektorat als dem ersten unterworfenen Lande lernten, im Interesse ihrer langfristigen Ziele zu regieren.

Ein nicht minder wichtiger Grund für die nur schrittweise Umsetzung der eigenen Postulate bestand darin, daß Hitlerdeutschland nunmehr über begrenzte finanzielle und materielle Ressourcen sowie über ein beschränktes menschliches Potential verfügte, das es sich nicht erlauben konnte zu verschwenden. Es war im Verlaufe des Krieges undenkbar, das tschechische Schulwesen oder die tschechische Zivilverwaltung in deutsche Hände zu übergeben, genauso unmöglich war es auch, in größerem Ausmaße Arbeiter und Angestellte nur um der Germanisierungspolitik willen zwischen dem Reich und dem Protektorat auszutauschen. Darüber hinaus rechneten die Nationalsozialisten mit dem menschlichen Potential des tschechischen Volkes, das für sie unter rassistischen Gesichtspunkten wertvoll war, auch hinsichtlich der positiven Seite der Germanisierung. Deshalb vermieden sie es, das tschechische Volk durch allzu harte Maßnahmen selbst auf den Weg des aktiven Widerstands zu bringen. Die Bedeutung dieses letztgenannten Aspekts nahm allerdings erst in den späteren Jahren der Okkupation spürbar zu.

Die Art und Weise der Lösung der tschechischen Frage versuchten auch die Protektoratsdeutschen zu beeinflussen. Als Beispiel dieser Aktivität kann das Memorandum Ernst Schollichs unter dem Titel „Das deutsch-tschechische Problem“ dienen. Schollich gehörte zu der Gruppe deutscher Intellektueller<sup>34</sup>, die sich schon in der Zwischenkriegszeit durch kämpferische, nationalistische Ansichten auszeichnete. Diese Intellektuellen stellen eine rechtsextreme Opposition gegen die Henlein-Bewegung dar, deren Politik ihnen zu regional beschränkt und zu wenig alldeutsch war.

Auf Grund seines ausnahmslosen Negativismus gegenüber der Tschechoslowakischen Republik stellten für Schollich die Entstehung des Protektorats und der Erlaß über dessen Errichtung eine große Enttäuschung dar. Deshalb betonte er in seinem Memorandum, daß die Protektoratsgrenzen spätestens mit dem Kriegsende fallen müssen. Die Tschechen müssen angeblich zu spüren bekommen, daß auch die partielle Staatlichkeit des Protektorats vollständig aufgehoben werden wird. Er verwies auch darauf, daß die tschechische Frage ein gesamtdeutsches Problem darstelle. Deshalb dürfe man sie in keinerlei Hinsicht als partikuläre Angelegenheit der Sudetendeutschen betrachten, die für diese Aufgabe darüber hinaus zahlenmäßig zu schwach seien.

Die Lösung der tschechischen Frage sah Schollich in einer Reihe von Maßnahmenkomplexen. Insbesondere betonte er die Unterschiede zwischen dem hussitischen Böhmen und dem national toleranten Mähren. Er schlug vor, diese Unterschiede maximal zu vertiefen und die Entfernung zwischen Prag und Brünn in höchstmög-

---

<sup>34</sup> Eine Reihe von ihnen übte während der Okkupation in Mähren wichtige Funktionen aus: Dr. Karl Schwabe war Landesvizepräsident, Oskar Judex Oberbürgermeister der Stadt Brünn, Ing. Karl Foltá Kreisleiter der NSDAP usw.

lichem Maße „auszudehnen“<sup>35</sup>. Interessant ist seine Ansicht, daß man die Tschechen auf Grund des langen historischen Zusammenlebens mit den Deutschen nicht eindeutig als rassistisch minderwertig einstufen könne. Ihre Ersetzung durch repatriierte deutsche Minoritäten aus dem Ausland müßte nicht unbedingt zu den erwarteten Ergebnissen führen. Als dringendstes Problem betrachtete Schollich die Isolierung der Tschechen von den übrigen Slawen im Osten. Er schlug vor, eine nationale Schranke im Einzugsgebiet des Marchflusses aufzubauen. Dies sollte allerdings nicht durch eine militärische Besetzung dieses Gebietes geschehen, sondern durch eine umfangreiche Expansion deutschen Industriekapitals und die damit verbundenen Germanisierungsauswirkungen.

Im Hinblick auf den einzelnen sollte die Eindeutschung durch die Ansiedlung qualifizierter tschechischer Arbeiter zusammen mit ihren Familien im Reichsgebiet, durch die Einführung einer ausnahmslosen obligatorischen Arbeitspraxis in Deutschland, durch den Armeedienst und die Reorganisation des Schulwesens, in dem Schulen mit zweisprachigem Unterricht, sog. *utraquistische* Schulen, die Hauptrolle spielen sollten, erreicht werden. Schollich stimmte dem Gedanken an die Umsiedlung eines Teils der tschechischen Bevölkerung zu. Insbesondere sollte es sich dabei um diejenigen handeln, die sich mit der Existenz des tschechoslowakischen Staates identifizierten und somit für die Zusammenarbeit mit den Deutschen ungeeignet waren. Hinsichtlich des Gebietes, in das diese Tschechen umgesiedelt werden sollten, besaß Schollich keine konsistente Meinung. Er befürchtete, daß die Tschechen im Osten eine politische Führungsrolle einnehmen und die eingeborene Bevölkerung in diesen Gebieten antideutsch beeinflussen könnten<sup>36</sup>.

In der Mitte des Jahres 1939 entstand noch eine Reihe weiterer Vorschläge, wie die Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen zu gestalten seien. Aber alle diese Lösungsvarianten der tschechischen Frage unterschieden sich noch erheblich von dem Plan, der später von Hitler bestätigt wurde. Einen der eben erwähnten Vorschläge zur Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen erarbeitete der Bevollmächtigte der Wehrmacht beim Reichsprotektor, General Friderici. Den besten Weg für die Eindeutschung der Tschechen erblickte General Friderici in der Ansiedlung kleiner Gruppen von Tschechen im Reichsgebiet, die in ihrer Vereinigung vom deutschen Element schrittweise verschlungen werden würden. Um die Bereitschaft zur Umsiedlung ins Reichsgebiet zu erhöhen, sollten den Tschechen im Reich gegenüber den im Protektorat verbleibenden einige soziale Vorteile eingeräumt werden<sup>37</sup>. Eine Vorlage des Auswärtigen Amtes Ribbentrops ging von der Annahme

<sup>35</sup> Einen Ausdruck dieser Bemühungen stellt der Plan dar, einen deutschen Korridor aufzubauen, der Böhmen und Mähren trennen würde. Dieser Korridor sollte durch die Ausweitung der Iglauer Sprachinsel in Richtung Süden bis zur Reichsgrenze bei Datschitz und Jemnitz und nach Norden bis an die Grenze der Sudeten entstehen. – Vgl. *Deutschtumsarbeit im Lande Mähren*, SOAB, Fonds B 251, Karton 1, Sign. taj. 12, Fol. 137.

<sup>36</sup> Vgl. Žampach, Vojtěch: Memorandum Ernsta Schollicha o české otázce [Das Memorandum Ernst Schollichs über die tschechische Frage]. In: 15. března 1939 – Sborník z vědeckého kolokvia. Brno 1989, 17–23.

<sup>37</sup> Král/Fremund (Hrsg.): *Chtěli nás vyhubit* 46–50.

aus, daß die tschechische Nationalität auf das Niveau einer historischen Kuriosität herabsinken und zum Gegenstand folkloristischen Interesses werden wird<sup>38</sup>.

Das Fehlen einer einheitlichen Germanisierungsrichtlinie hatte zur Folge, daß sich eine Reihe weiterer Standpunkte herauskristallisierte, die auch für ein so wesentliches Problem, wie es die Endlösung der tschechischen Frage darstellte, unterschiedliche Vorgehensweisen empfahlen. Das Bemühen, solche Experimente in der Praxis durchzusetzen, entsprang zumeist lokalen Interessen oder den persönlichen Ambitionen ihrer Urheber. An dieser Stelle ist z. B. auf den Plan des Gauleiters von Niederdonau, Hugo Jury, hinzuweisen, der vorschlug, die Germanisierung der böhmischen Länder mit der Eindeutschung Mährens einzuleiten. Jury warb für ein solches Vorgehen mit einer Reihe vorteilhafter Bedingungen, insbesondere mit der Möglichkeit der Schaffung deutscher Siedlungsbrücken unter Ausnutzung der bestehenden Sprachinseln (Brünn, Iglau, Wischau, Olmütz). Durch diese Siedlungsbrücken wäre es seiner Meinung nach möglich, die Hauptkräfte des tschechischen Volkes in Böhmen völlig einzuschließen. Natürlich war Jury der Meinung, daß sich diese Aufgabe am einfachsten durch den Anschluß Mährens an seinen Gau lösen ließe. Hauptstadt des neuen, erweiterten Gaus würde natürlich Brünn werden. Und natürlich war Jury der Auffassung, daß nur sein Gau Niederdonau über genügend biologische Kräfte zur Lösung der von ihm vorgeschlagenen Germanisierungsvariante verfügte. Konkret empfahl Jury einerseits die Umwandlung der Nationalität des rassisch geeigneten Teils der Tschechen in Mähren, die Umsiedlung der rassisch geeigneten, aber zum Reich feindlich eingestellten Tschechen nach Böhmen und die Aussiedlung des kleinen Teils rassisch ungeeigneter Tschechen nach Übersee oder in Kolonien<sup>39</sup>.

Einen ähnlichen Vorschlag, der allerdings im Gegensatz zum vorangegangenen die Sudetendeutschen begünstigte, erarbeitete Ing. Franz Künzel, der Leiter der Gaubehörde für das Grenzgebiet, die sich mit der Liquidierung des tschechischen Elements in den ans Großdeutsche Reich angeschlossenen Territorien der ehemaligen Tschechoslowakischen Republik beschäftigte. Künzel empfiehlt in mehreren Varianten die Schaffung zweier selbständiger Gaue Böhmen und Mähren, die durch die Wiedervereinigung des überwiegenden Teils des Protektorats mit den Sudetengebieten, selbstverständlich unter dem entscheidenden Einfluß der Sudetendeutschen als der Hauptgaranten des nationalen Kampfes gegen die Tschechen, entstünden. Er wehrte sich damit zugleich gegen die Möglichkeit der Aufteilung des Sudetengaus selbst<sup>40</sup>. Wie schon angedeutet, entwickelten die Sudetendeutschen eine große Aktivität, um das von ihnen beherrschte Territorium auszuweiten. Als weiterer Beleg dafür kann das Memorandum Henleins vom 10. Oktober 1939 dienen, in dem er den Anschluß des Gebiets von Mährisch Ostrau und Olsa (Teschener Gebiet und Auschwitz) an seinen eigenen Gau fordert<sup>41</sup>.

Die Mehrheit der bisher behandelten Vorschläge wurde von verschiedenen Institutionen oder Einzelpersonen erarbeitet, die auf diese Weise – nicht ganz selbstlos –

<sup>38</sup> Vgl. SÚA, Fonds Auswärtiges Amt (AA), Karton 16, Nr. 220 888–220 899.

<sup>39</sup> Sborník k problematice dějin imperialismu 21 (1987) Dok.-Nr. 98, S. 281–284.

<sup>40</sup> E b e n d a Dok.-Nr. 97, S. 269–280.

<sup>41</sup> E b e n d a Dok.-Nr. 19, S. 64 ff.



unverbindlich ihre eigenen Ansichten hinsichtlich der Methoden für die Lösung des ganzen Problems vorbrachten. Verständlicherweise beschäftigten sich mit diesen Fragen aber auch die verantwortlichen, kompetenten Organe sowohl auf der Ebene der Berliner Reichsbehörden als auch die Mitarbeiter der Behörde des Reichsprotektors und der Protektoratsverwaltung. So entstand eine Reihe weiterer Konzeptionen bezüglich der Assimilation der Tschechen.

Es scheint, daß das zentrale Thema, um das sich die meisten der Diskussionen im Zusammenhang mit der Germanisierung des böhmischen Raums konzentrierten, die Frage der Existenz des Protektorats als solches wie seiner Zukunft als einer bestimmten staatsrechtlichen Formation war. Wie aus den in der vorangegangenen Passage erwähnten Dokumenten hervorgeht, tauchten in diesen Diskussionen völlig entgegengesetzte Standpunkte auf, bei denen sich im Hintergrund zumeist der Einfluß persönlicher oder regionaler Interessen beobachten läßt.

Als Ausdruck einer bestimmten unparteiischen Haltung im Interesse globaler Ziele kann man Hitlers Standpunkt werten, der sich für die Erhaltung des Protektorats aussprach. Gleiches gilt auch für die Stellungnahme Reinhard Heydrichs vom 14. September 1940, der sich im gleichen Sinne äußerte. Heydrich machte allerdings darauf aufmerksam, daß „nach der Lösung der Frage ‚Wohin mit den restlichen Tschechen?‘ die Einbindung des böhmisch-mährischen Raums in die angrenzenden Gauen für die Erfüllung unserer Ziele und Interessen richtiger und zweckentsprechender sein wird, weil dann den Richtlinien des Reichskommissars für die Stärkung des Deutschtums entsprechend eine einheitlich betriebene Besiedlung und Germanisierung gegen ein geteiltes und uneinheitlich geführtes Tschechentum stehen wird“<sup>42</sup>.

Der Unterstaatssekretär Burgsdorf machte auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Frage der Gültigkeit der Nürnberger Rassengesetze im Protektorat zu lösen, da sich diese dem Wortlaut nach nur auf deutsche Staatsangehörige bezogen. Wenn man allerdings nicht dahin kommen wolle, in Zukunft strikt zwischen Deutschen und Tschechen unterscheiden zu müssen, sollte das Reich ein erhebliches Interesse daran zeigen, daß die Nachkommenschaft der Protektoratsangehörigen rassisch einwandfrei sei, da diese ja als möglicher Partner deutscher Staatsangehöriger in Betracht käme<sup>43</sup>.

Aus dem Material, das in der Abteilung I der Behörde des Reichsprotektors erarbeitet worden war und das die wichtigsten Schlußfolgerungen aus den Berichten der Oberlandräte zu Fragen der Assimilation der Tschechen zusammenfaßte, wird die grundlegende Forderung nach Ausarbeitung einer genauen, vom Führer bestätigten und für alle Beteiligten verbindlichen Richtlinie deutlich, da, „solange die Partei und der Staat in den entscheidenden Fragen verschiedene Standpunkte einnehmen und sogar die Entscheidungen des Führers verschieden interpretiert werden, es nicht möglich ist, an die Lösung eines so überaus schwierigen Problems, wie es die Assimilation darstellt, heranzutreten. ... Politisches Prinzip Nummer eins muß es sein,

<sup>42</sup> Schriftliche Aufzeichnung des Standpunktes R. Heydrichs zum Memorandum K. H. Franks über die Lösung des tschechischen Problems und die künftige Gestaltung des böhmisch-mährischen Raums vgl. e b e n d a Dok.-Nr. 109, S. 339.

<sup>43</sup> Vgl. e b e n d a Dok.-Nr. 105, S. 324.

daß die einzelnen Organe der Reichsverwaltung, der Partei und die Deutschen in der Protektoratsverwaltung zur gegenseitigen, freundschaftlichen, aufrichtigen Unterstützung verpflichtet sind. Alle anderen, besonderen Interessen müssen sich dem großem Ziele unterordnen – der Germanisierung des böhmisch-mährischen Raums.<sup>44</sup>

Die Oberlandräte waren sich einig darin, daß für die gegenwärtige Lage zwei ungünstige Momente charakteristisch sind. Die politische und psychologische Situation des tschechischen Volkes verschlechterte sich im Laufe des Krieges so sehr, daß „man in der Gegenwart keine grundsätzlicheren Erfolge bei der Assimilierung der wertvollen Tschechen erreichen kann, weil diese für eine Änderung ihrer Nationalität noch nicht reif sind“. Darüber hinaus erforderte die Assimilation auch den Einsatz von Personal und materiellen Ressourcen in erheblichem Umfange, an denen es „im gegenwärtigen Augenblick im notwendigen Maße fehlt“. Nach Meinung der Mehrheit der Oberlandräte ließe sich eine Assimilierungsaktion im Gesamtumfange zum gegenwärtigen Zeitpunkt praktisch nicht realisieren; deshalb sei nunmehr eine energische und beständige nationalpolitische Arbeit im kleinen am Platze<sup>45</sup>.

Gegenüber den genannten regional eingefärbten Absichten, das Territorium Böhmens, Mährens und Schlesiens neu zu gliedern, mußte sich auch die zentrale Macht des Reichsprotektors zur Wehr setzen, dessen Stellung im Falle der Realisierung einer dieser Varianten natürlich gefährdet war. Sicher spielten in diesem Zusammenhang auch Kompetenzstreitigkeiten eine Rolle. Neurath und sein Staatssekretär K. H. Frank faßten deshalb den Entschluß, eigene Vorschläge zur Endlösung der tschechischen Frage auszuarbeiten. Diese schickten sie am 31. August 1940 direkt an Hitler.

Die Ernsthaftigkeit des hinter den Kulissen ausgetragenen Kampfes um die Macht im böhmisch-mährischen Raum belegt ein Auszug aus dem Begleitschreiben Neuraths an den Leiter der Reichskanzlei Lammers: „Da, wie ich unter der Hand erfahren habe, von Seiten einzelner Partei- und anderer Stellen beabsichtigt ist, dem Führer Vorschläge hinsichtlich der Lostrennung verschiedener Teile des mir unterstellten Protektorats zu unterbreiten, ohne daß ich diese Projekte im einzelnen kenne, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie den Termin für meinen Vortrag so rechtzeitig ansetzen wollen, damit ich als zuständiger Reichsprotektor und Kenner des tschechischen Problems mit meinem Staatssekretär Gelegenheit habe, unsere Absicht dem Führer gegenüber zu vertreten, bevor von anderer Seite alle möglichen Pläne an ihn herangebracht werden.“<sup>46</sup>

Unabhängig voneinander kamen die höchsten Vertreter des Reiches im Protektorat, Neurath und Frank, im Grunde zu den gleichen Schlußfolgerungen. Unterschiede tauchten eigentlich nur in der Art und Weise der Formulierung der einzelnen Gedanken auf. Beide Schriften formulierten als Endziel in staatspolitischer Hinsicht die völlige Eingliederung des böhmisch-mährischen Raumes in das Großdeutsche Reich und in nationalpolitischer Hinsicht seine Besiedlung mit Deutschen. Um dieses Ziel

<sup>44</sup> Assimilierung der Tschechen, Zusammenfassung der Oberlandratsberichte. E b e n d a Dok.-Nr. 111, S. 343.

<sup>45</sup> Vgl. e b e n d a S. 344 f.

<sup>46</sup> E b e n d a Dok.-Nr. 101, S. 292.

zu erreichen, kamen zwei Möglichkeiten in Betracht: Entweder die totale Aussiedlung der Tschechen aus Böhmen und Mähren in Gebiete außerhalb der Grenzen des Reiches und die Besiedlung des freiwerdenden Raumes mit Deutschen oder die Belassung des größeren Teils der Tschechen in ihrer Heimat bei gleichzeitiger Anwendung verschiedener Germanisierungsmethoden. Letztere Lösung der tschechischen Frage setzte eine Änderung der nationalen Zugehörigkeit der rassisch geeigneten Tschechen sowie die Aussiedlung der rassisch ungeeigneten Tschechen und der Teile der Intelligenz, die zum Reich eine feindliche Stellung einnahmen, voraus. (Für Letztere und für alle destruktiven Elemente zog man auch eine Sonderbehandlung in Betracht.) Anschließend war es erforderlich, die freigewordenen Räume mit frischem deutschem Blut zu besiedeln.

Die erstgenannte Variante wurde als unter den gegebenen Bedingungen unrealisierbar eindeutig abgelehnt. Beide Vertreter des Reiches im Protektorat sprachen sich vorbehaltlos für die zweite Variante aus. Beide betonten, daß dieser Plan nur dann Aussicht auf Erfolg habe, wenn er von einer zentralen Reichsbehörde im Protektorat mit einem einzigen Manne an der Spitze geleitet werde. Auf dem Wege einer systematisch durchgeführten politischen Neutralisierung und Entpolitisierung wollte man zunächst die politische (geistige) und dann die nationale Assimilation des tschechischen Volkes erreichen. Endziel war eine tatsächliche Änderung der Nationalität. Eine absolute Deklassierung des tschechischen Volkes in ein bloßes Hilfsvolk erschien ihnen aus rassischen Gründen nicht erforderlich und auch nicht wünschenswert<sup>47</sup>.

Hitler hieß diese Vorschläge im Verlaufe einer Audienz, die er Neurath und Frank gewährte, am 23. September 1940 in Berlin gut. Er betonte, daß „die Auswahl der zur Assimilation bestimmten Tschechen streng sein und auf der Grundlage bestimmter Richtlinien exakt durchgeführt werden muß“<sup>48</sup>. Der Prozeß der Assimilation sollte im Verlaufe eines Jahrhunderts beendet werden<sup>49</sup>. Zugleich ordnete Hitler an, „daß die Unzahl von Planungen hinsichtlich einer Aufteilung des Protektorats einzustellen ist“<sup>50</sup>.

Der Beginn der Tätigkeit Reinhard Heydrichs im Protektorat in der Funktion des stellvertretenden Reichsprotektors griff auf bedeutsame Weise in das Leben des tschechischen Volkes ein. Er kann als ein Markstein in der Entwicklung der Frage nach den Methoden der Germanisierung Böhmens und Mährens dienen. Heydrichs Ankunft im Protektorat ist mit der beschleunigten Liquidierung der Juden, die unter der Leitung Adolf Eichmanns auf dem Wege ihrer Deportation in die Vernichtungslager

<sup>47</sup> Beide Dokumente siehe e b e n d a Dok.-Nr. 102, 103, S. 293–316.

<sup>48</sup> Neuraths Protokoll über die Besprechung beim Führer am 23. September 1940, e b e n d a Dok.-Nr. 109, S. 341.

<sup>49</sup> Die rasche Entwicklung der Ansichten hinsichtlich des Verlaufs der Germanisierung belegt Himmlers Forderung vom Juni 1942, nicht nur mit der Eindeutschung Böhmens und Mährens, sondern im Rahmen des erweiterten Generalplans Ost des gesamten östlichen Territoriums innerhalb von zwanzig Jahren zu rechnen. – Vgl. K á r n ý: *Generální plán Východ* 345–382.

<sup>50</sup> Bericht des Vertreters des Auswärtigen Amtes beim Reichsprotektor, Ziemke, vom 5. Oktober 1940, SÚA, Fonds AA, Karton 16, Nr. 217 412–217 413.

realisiert wurde, verknüpft<sup>51</sup>. Die Nationalsozialisten bemühten sich zwar, einen Teil der Juden als rassistisch ungeeignete Bevölkerung ins Ausland umzusiedeln, in letzter Konsequenz wurde dann aber ihre massenweise Ermordung beschlossen. Die jüdische Bevölkerung wurde zunächst durch eine diskriminierende Gesetzgebung aus der Gesellschaft ausgeschlossen, dann folgten ihre territoriale Ausgrenzung in Ghettos und schließlich ihre physische Liquidierung.

Zu Beginn der Okkupation vertraten die Nationalsozialisten die Ansicht, daß rassistische Maßnahmen zum Schutze der tschechoslowakischen Bevölkerung nicht in ihrem Interesse seien. Für notwendig hielten sie indes abzusichern, daß die im Protektorat lebenden Juden nicht das Verhältnis der übrigen Protektoratsangehörigen zum Reich negativ beeinflussen könnten. Hitler entschied deshalb, daß die Juden aus dem öffentlichen Leben zu entfernen sind. Die Durchführung dieser Entscheidung sollte die Protektoratsregierung garantieren<sup>52</sup>. Diese lehnte es jedoch ab, antijüdische Gesetze nach dem Vorbild der Nürnberger Rassengesetze zu beschließen. Wie der damalige Landwirtschaftsminister Ladislav Feierabend in seinen Memoiren anführt, erwog die Protektoratsregierung nach wiederholtem Druck Franks die Möglichkeit, ihre Demission einzureichen<sup>53</sup>.

Der Reichsprotektor erließ die umstrittenen Gesetze daraufhin selbst. Veröffentlicht wurden sie in seinem Verordnungsblatt vom 21. Juni 1939. Durch die Bestimmungen dieses Gesetzes wurde einerseits festgelegt, wer fortan als Jude zu behandeln ist, andererseits leiteten die Bestimmungen dieses Gesetzes den Angriff auf das jüdische Eigentum ein. Juden durften mit sofortiger Wirkung nur noch mit Zustimmung des Reichsprotektors über ihre Immobilien, Wirtschaftsbetriebe, Wertpapiere und ihren Boden disponieren. Darüber hinaus wurden sie verpflichtet, in ihrem Besitz befindliche Gegenstände aus Edelmetallen, Edelsteinen sowie Kunstgegenstände behördlich zu melden. Es wurde ihnen untersagt, solche Güter neu zu erwerben<sup>54</sup>.

In der Folgezeit wurden schrittweise weitere Verordnungen und Durchführungsbestimmungen erlassen, die die Diskriminierung der Juden vertieften. Als Beispiel läßt

<sup>51</sup> Vgl. Král: *Zločiny proti Evropě* 404–407.

<sup>52</sup> Vgl. die Rede des Staatssekretärs Stuckart vom 25. März 1939, in der er die Hauptrichtlinien zur Gestaltung der Okkupationspolitik darlegte. – *Sborník k problematice dějin imperialismu* 21 (1987) Dok.-Nr. 2, S. 13f.

<sup>53</sup> Feierabend, Ladislav: *Ve vládě protektorátu* [In der Regierung des Protektorats]. New York 1962, 44.

<sup>54</sup> Vgl. Verordnungsblatt des Reichsprotektors (1939) Nr. 6, S. 45–48. Diese Anordnungen wurden auf dem Wege von Durchführungsbestimmungen weiter vertieft. Die fünfte Durchführungsbestimmung vom 2. März 1940 wies die Juden an, alle Wertgegenstände und Schmuckstücke in gekennzeichneten Depots in der Bank zu hinterlegen. Zu Hause behalten durften sie lediglich:

- a) den eigenen Ehering und den Ehering des verstorbenen Ehepartners,
- b) eine silberne Armband- oder Taschenuhr,
- c) benutztes Tafelsilber, zwei Bestecke pro Person,
- d) darüber hinaus silberne Gegenstände bis zu einem Gewicht von 40g, bis zu einem Gesamtgewicht von 200g,
- e) Zahnersatz aus Edelmetallen, sofern sie persönlich benutzt werden. Ebenda 1940 Nr. 12, S. 81–83.

sich die Verordnung über die Entlassung jüdischer Angestellter vom 23. Oktober 1939<sup>55</sup> anführen, die Verordnung über die Ausgliederung der Juden aus der Wirtschaft vom 26. Januar 1940<sup>56</sup>, die Regierungsverordnung über die Stellung der Juden im öffentlichen Leben vom 24. April 1940<sup>57</sup> und die Einführung des Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre im Protektorat mit rückwirkender Gültigkeit vom 16. März 1939<sup>58</sup> an. – Das Schicksal der Juden bietet ein anschauliches Beispiel dessen, wie sich die Nationalsozialisten die erste, die negative, Phase der Germanisierung vorstellten.

Reinhard Heydrich interessierte sich für die tschechische Frage im ganzen, und als er im Jahre 1940 das Memorandum Franks begutachtete, sah er das Schlüsselproblem, das allerdings vorläufig nicht gelöst werden konnte, in der Frage des Raumes, in den die zur Germanisierung ungeeigneten Tschechen ausgesiedelt werden sollten. Er schlug deshalb vor, den Weg partieller Maßnahmen zu beschreiten – „sofort die Feststellung des [rassischen – d. Übers.] Zustands der Bevölkerung einleiten, im Rahmen der Verschiebung von Arbeitskräften die guten völkischen Kräfte dauerhaft im Reich ansiedeln und germanisieren, den rein tschechischen Rest in diesem Gebiet klug so beherrschen, daß er nationalpolitisch inaktiv bleibt“<sup>59</sup>. Es ist offensichtlich, daß Heydrich viele dieser Ansichten auch nach dem Antritt seiner Funktion in Prag, der eine bestimmte Änderung in der Behandlung des tschechischen Volkes bedeutete, vertrat.

Die letzten Monate des Jahres 1941 waren eine Zeit großen militärischen Einsatzes an der Ostfront und brachten zugleich auch die ersten Mißerfolge der deutschen Armee vor den Toren Moskaus. Dies alles mußte notwendigerweise die Möglichkeiten der Nationalsozialisten in der nichtmilitärischen Sphäre beeinflussen und so das Verhältnis zwischen der Endlösung und den unmittelbaren Interessen des Reiches in der Protektoratspolitik tiefgreifend verändern. Heydrich trat deshalb mit einem Programm von Nah- und Fernzielen auf, das den Hauptakzent auf die Erhaltung von Ruhe und Ordnung im Protektorat als einer notwendigen Bedingung für das reibungslose Funktionieren der Rüstungswirtschaft legte. Allerdings sollten in der Gegenwart wenigstens Vorbereitungsarbeiten für die Germanisierung in Angriff genommen werden, z. B. die rassenmäßige Erfassung der Bevölkerung. Alle neugefaßten Beschlüsse sollten möglichst weitgehend in Übereinstimmung mit der Endlösung der Frage des böhmischen Raums getroffen werden. Die Endlösung selbst verschob Heydrich allerdings

<sup>55</sup> Vgl. *ebenda* (1939) Nr. 34, S. 281 f.

<sup>56</sup> Jüdischen Wirtschaftsunternehmen konnte die Leitung von Betrieben jeder Art untersagt werden. Solche Unternehmen sollten eingestellt und liquidiert werden. Schrittweise wurden von dieser Verordnung ganze Bereiche der Wirtschaftstätigkeit erfaßt, z. B. der gesamte Handel, Verkehr, Gaststättenwesen, Banken, Pfandleihen, Dienstleistungsvermittlungen usw. Vgl. *ebenda* (1940) Nr. 7, S. 41.

<sup>57</sup> Durch diese Verordnung wurden die Juden aus allen Funktionen in der Rechtssprechung, in der öffentlichen Verwaltung und einigen weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens (Advokaten, Ärzte, Ingenieure, Veterinärmediziner) ausgeschlossen. – Vgl. Sammlung der Gesetze und Verordnungen (1940) Nr. 44, S. 337–342.

<sup>58</sup> Vgl. Verordnungsblatt des Reichsprotektors vom 5. Juli 1941, Nr. 36, S. 403 f.

<sup>59</sup> *Sborník k problematice dějin imperialismu* 21 (1987) Dok.-Nr. 108, S. 338 f.



auf die Zeit nach Beendigung der militärischen Aktionen, wo er dann hoffte, eine ausreichende Zahl von Menschen und zugleich ausreichende materielle Ressourcen einsetzen zu können. Die Art und Weise der Durchführung der Germanisierung Böhmens und Mährens sollte im wesentlichen von dem an Hitler gerichteten Vorschlag Franks vom 31. August 1940 ausgehen, d. h. Assimilation des größeren Teils des tschechischen Volkes und Sonderbehandlung bzw. Ansiedlung außerhalb der Grenzen des Großdeutschen Reiches für die übrige Bevölkerung<sup>60</sup>. Heydrich sprach später explizit vom Gebiet des Eismeer als möglichem Ansiedlungsgebiet<sup>61</sup>. Miroslav Kárný interpretiert die von Heydrich in diesem Ausspruch benutzte nähere geographische Bestimmung auf der Grundlage eines Vergleiches mit den Ergebnissen der Beratung in Wannsee als Euphemismus für die geplante Ausrottung oder physische Liquidierung des o. g. Teils der Bevölkerung Böhmens und Mährens<sup>62</sup>.

Alle aktuellen Entscheidungen sollten mit Rücksicht auf das Endziel getroffen werden. Gleichzeitig sollten einige Vorbereitungsarbeiten für die Endlösung der tschechischen Frage eingeleitet werden. Darunter verstand Heydrich vor allem die unauffällige Durchführung der rassischen Untersuchung der Bevölkerung und ihre Einteilung in die erwähnten Gruppen. Heydrich gefiel sich auch in der Rolle des Beschützers der Interessen der Arbeiter, die ehrlich für das Reich arbeiteten. So empfing er z. B. – natürlich mit entsprechendem Propagandaaufwand – auf der Prager Burg Delegationen von Werktätigen aus den Protektoratsbetrieben. Er schritt energisch gegen den Schwarzhandel ein, auf den er die Schuld für Mängel in der Versorgung abwälzte. Und er organisierte auch mittels des NOUZ verschiedene Erholungsaktionen, öffentliche Suppenküchen u. ä.<sup>63</sup> Neben dieser sozialen Demagogie benutzte er zur Beherrschung des tschechischen Volkes allerdings auch das Standrecht, Hinrichtungen und Gefängnisse. Die Anwendung einer solchen Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ besaß jedoch in der gegebenen Situation ihre Motivation nicht in den Germanisierungsabsichten Heydrichs, sondern in seinem Bemühen, Ruhe zu garantieren und das konfliktlose Funktionieren der Herstellung von Rüstungsgütern zu sichern<sup>64</sup>.

Nach Heydrichs Tod wurde schrittweise der Staatsminister K. H. Frank zum ersten Manne im Protektorat. In Fragen der Germanisierung Böhmens und Mährens hielt er sich selbst für Heydrichs Nachfolger und Vollender seines Werkes. Schon im Juli 1942 wurde in Prag die Reinhard-Heydrich-Stiftung für wissenschaftliche Forschungen

<sup>60</sup> Vgl. SÚA, Fonds ÚŘP II. Ergänzungen, Karton 53, Heydrichs Rede vom 2. Oktober 1941.

<sup>61</sup> Vgl. e b e n d a Heydrichs Rede vom 4. Februar 1942.

<sup>62</sup> Vgl. K á r n ý : Generální plán Východ 377.

<sup>63</sup> Vgl. Š e v e c o v á , Dana: Sociální politika nacistů v tzv. protektorátu v letech 1939–1945 a její vliv na postavení českých pracujících [Die Sozialpolitik der Nationalsozialisten im sog. Protektorat in den Jahren 1939–1945 und ihr Einfluß auf die Stellung der tschechischen Werktätigen]. In: Dějiny socialistického Československa. Bd. 7. Praha 1985, 183–189.

<sup>64</sup> „Für einen Tschechen ist es real am günstigsten, wenn er in diesem Augenblick viel arbeitet, auch wenn er sich insgeheim denkt, daß er wieder seine Freiheit haben wird, wenn es mit dem Reich doch noch bergab gehen sollte.“ – Heydrichs Rede vom 2. Oktober 1941, SÚA, Fonds ÚŘP II. Ergänzungen, Karton 53.

ins Leben gerufen, deren Bemühungen auf die Erforschung der böhmischen Länder und ihrer Bevölkerung, aber auch weiterer, insbesondere slawischer, Völker Ost- und Südosteuropas gerichtet waren. Ziel dieser Forschungen war es, aus dem Blickwinkel der verschiedensten Wissenschaftsdisziplinen die Schaffung des Großdeutschen Reiches zu begründen und die Realisierung der Germanisierungsprojekte zur Gewinnung neuen Lebensraums, an denen im Verlaufe des Krieges intensiv gearbeitet wurde, vorzubereiten<sup>65</sup>.

Die Situation an der Ostfront wurde für Hitlerdeutschland jedoch zunehmend komplizierter. Die Schlachten bei Stalingrad und im Kursker Bogen markierten eine definitive Wende in der Entwicklung des Kriegsgeschehens und entschieden mit endgültiger Wirkung über das Schicksal der nazistischen Vorstellungen hinsichtlich eines tausendjährigen Reichs auf dem Territorium des großdeutschen Ostens Europas. Was das Protektorat betrifft, waren die Nationalsozialisten lange Zeit von der Dauerhaftigkeit seiner Angliederung an das Großdeutsche Reich überzeugt. Aus diesem Grunde berücksichtigten sie während der ganzen Zeit der Existenz des Protektorats die Bedürfnisse dessen künftiger Germanisierung, wenn auch ihre Entscheidungen zunehmend von der Entwicklung an den Fronten beeinflusst wurden.

Auf einer Beratung führender Vertreter des Sudetengaus in Karlsbrunn im Frühjahr 1944 trat Frank mit einer Rede auf, in der er die bisherige Politik des Reiches im Protektorat einschätzte. Frank betonte in dieser Rede, daß das Ziel der Politik des Reichs unverrückbar in der Germanisierung Böhmens und Mährens im Geiste des von ihm selbst im Jahre 1940 ausgearbeiteten Memorandums bestehe. Er warnte in diesem Zusammenhang von einer oberflächlichen und flachen Beurteilung der tschechischen Frage und machte aufmerksam, daß „wir viele oberflächliche Einschätzungen der Anfangszeit und so manchen Stolz hinter uns gelassen haben. Wir sind sehr nüchtern geworden ...“ Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Möglichkeiten des Reiches schätzte er auch die Rolle der Sudetendeutschen beträchtlich höher ein, die „sich mit dem Rücken an das alte Reich anlehnen und von dort Kraft schöpfen müssen; mit dem Gesicht, d. h. mit der Brust und dem schwertbewehrten Arm, natürlich auch mit der Überlegenheit ihrer politischen Kunst, müssen sie sich aber gegen das Tschechentum stellen“<sup>66</sup>.

Die positive Seite der Germanisierung besaß in Böhmen und Mähren von Anfang an deutlichere Konturen als deren sog. negative Seite, da den Nationalsozialisten klar war, daß sie ihren Hauptinhalt vor allem in der allseitigen Unterstützung des Protektoratsdeutschtums zu suchen habe. „... heute sind die Deutschen im Protektorat die Hauptgaranten der Arbeit für das Deutschtum, aber hinter ihnen stehen, helfen und unterstützen der Staat und die Partei“<sup>67</sup>.

Es ist begreiflich, daß das primäre Interesse der Nationalsozialisten auf die Fest-

<sup>65</sup> Vgl. Fremund, Karel: Heydrichova nadace – důležitý nástroj nacistické vyhlazovací politiky [Die Heydrich-Stiftung – ein wichtiges Instrument der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik]. Sborník archivních prací 14 (1964) 35–38.

<sup>66</sup> SÚA, Fonds ÚRP II. Ergänzungen, Karton 61, 30. März 1944, Rede in Karlsbrunn.

<sup>67</sup> Bericht über die von der Behörde des Reichsprotektors geleistete Volkstumsarbeit, 8. Oktober 1940, SÚA, Fonds ÚRP, Karton 287, Sign. I 1b–2000, S. 1.

stellung des tatsächlichen zahlenmäßigen Umfangs der deutschen Bevölkerung im Protektorat gerichtet war. Die Ergebnisse entsprechender Erhebungen bereiteten den deutschen Behörden allerdings eine tiefe Enttäuschung. Nicht nur, daß die gewonnenen statistischen Angaben für Propagandazwecke unbrauchbar waren, sie waren für die Behörde des Reichsprotektors so ungünstig, daß Frank anwies, sie als geheim einzustufen. Deutschen Quellen aus dem Jahre 1940 zufolge lebten im Protektorat bei einer Gesamtbevölkerung von 7380000 Personen 244739 Deutsche, was einem Bevölkerungsanteil von 3,31 % entspricht. In Mähren waren die nationalen Verhältnisse für die Deutschen etwas günstiger – 158756 Personen bei einer Gesamtbevölkerung von 2549300, d. h. 6,23 %. In Böhmen stellten die Deutschen hingegen nur einen Anteil von 1,78 % an der Gesamtbevölkerung<sup>68</sup>.

Die Nationalsozialisten hofften, daß nach dem siegreich beendeten Krieg „auch diejenigen den Weg zum deutschen Volke finden, die bisher zögern. Heute hindert diese Personen daran, sich zum Deutschtum zu bekennen, zumeist die Angst vor einem tschechischen Boykott“<sup>69</sup>. Der Brünnener Oberlandrat Hofmann schrieb in diesem Zusammenhang, daß „die Statistik über die zahlenmäßige Stärke des Deutschtums . . . bei weitem nicht – das müssen wir heute anerkennen – das Ergebnis erbrachte, das man auf der Grundlage von Schätzungen der deutschen Führung erwartete. Die Zahl der statistisch erfaßten Deutschen beträgt im Bereich Mährens ungefähr 150000. Daß diese Zahl im Vergleich mit 2,3 Millionen Protektoratsangehörigen keine außergewöhnliche Bedeutung besitzt, ist völlig klar, umso mehr, als dieses Deutschtum stark überaltert ist“<sup>70</sup>.

Die Behörden unternahmen alles, um zu verhindern, daß es im Ergebnis des Umzugs von Deutschen aus dem Protektorat in andere Gebiete des Reiches zu einem Absinken des gegenwärtigen Stands des Deutschtums käme. Es existierte zwar kein allgemeines Umzugsverbot, dennoch war es möglich, durch Arbeitsmaßnahmen und Nichtausstellung von Passierscheinen praktisch jegliche Aussiedlung von Deutschen aus dem Protektorat zu verhindern. Ein entsprechender Erlaß für die Oberlandräte informierte darüber, daß „im Prinzip jeglicher Wegzug von Deutschen unzulässig ist“<sup>71</sup>. Die Nationalsozialisten stellten auch Listen derjenigen Deutschen zusammen, die seit Beginn der dreißiger Jahre aus dem Gebiet des späteren Protektorats weggezogen waren. Diese sollten in höchstmöglichem Maße und nötigenfalls auch mit Gewalt zurückgeführt werden<sup>72</sup>.

Weil für die Einleitung einer komplexen Germanisierung nicht die entsprechenden Bedingungen vorhanden waren, legten die Nationalsozialisten sog. Interessengebiete fest, d. h. Gebiete, die rein deutsch werden sollten und deren Hauptaufgabe es war, die Geschlossenheit des tschechischen Siedlungsgebietes zu durchbrechen. Diese Maßnahme sollte eine leichtere Assimilation der solcherart entstehenden kleineren tschechi-

<sup>68</sup> Vgl. Erfolgsbericht über die Deutschtumsarbeit der Oberlandräte, 5. Oktober 1940, SÚA, Fonds ÚRP, Karton 287, Sign. I 1b–2000.

<sup>69</sup> Vgl. Bericht über die von der Behörde des Reichsprotektors geleistete Volkstumsarbeit, 8. Oktober 1940, SÚA, Fonds ÚRP, Karton 287, Sign. I 1b–2000, S. 2.

<sup>70</sup> SOAB, Fonds B 251, Karton 1, Sign. taj. 22, Fol. 231.

<sup>71</sup> Bericht über die von der Behörde des Reichsprotektors geleistete Volkstumsarbeit, 8. Oktober 1940, SÚA, Fonds ÚRP, Karton 287, Sign. I 1b–2000, S. 2.

<sup>72</sup> Vgl. SÚA, Fonds ÚRP I. Ergänzungen, Karton 37.

schen Siedlungseinheiten ermöglichen. Die geschaffenen Interessengebiete sollten zu sog. nationalen Brücken ausgebaut werden, die die zusammenhängend deutsch besiedelten Gebiete miteinander verbinden würden.

Die Nationalsozialisten benutzten verschiedene Methoden, um in dieser Richtung Erfolge zu erzielen. Zum einen lokalisierten sie die Interessengebiete dort, wo sie sich auf eine starke deutsche Besiedlung stützen konnten. Insbesondere rechneten sie mit der deutschen Bevölkerung der Sprachinseln (Umgebung von Wischau, Iglau und Olmütz). Eine weitere Möglichkeit war die direkte Enteignung von Boden, wozu man die verschiedensten Wege beschritt, und dessen anschließende Übergabe an deutsche Siedler, die vor allem aus dem Reich und aus Südtirol, Bessarabien usw. kamen. Auch die Sogwirkung großer Bauunternehmungen, bei denen deutsche Arbeiter in größerer Zahl eingesetzt werden sollten, zog man in Betracht. Zumindest in einigen Fällen bestand die Absicht der Nationalsozialisten darin, um solche Großbauten herum einen Streifen zusammenhängenden deutschen Siedlungsgebiets zu schaffen. Aber auch dort, wo man nicht mit der Schaffung eines zusammenhängenden deutsch besiedelten Gebiets rechnete, ließe sich die Realisierung eines solchen Projekts sicher für die Stärkung der deutschen Nationalität nutzen. Es war nicht zuletzt dieser Aspekt, der für die Planung der Autobahn Wien-Brünn-Zwittau-Breslau oder den Oder-Donau-Kanal verantwortlich zeichnete.

In der Praxis setzte man die Enteignung tschechischen Bodens unter dem Vorwand der Schaffung von Militärübungsplätzen fort. In den Plänen der Nationalsozialisten sollte der so gewonnene Boden später deutschen Siedlern zufallen, wodurch wiederum kompakte deutsche Siedlungseinheiten entstünden. Um zu verhindern, daß sich in den umliegenden Städten und Dörfern mit einer eventuellen deutschen Minderheit die Anzahl der Tschechen unerwünschterweise erhöhte, wurde bei jeder dieser Enteignungsaktionen ein Verzeichnis derjenigen Orte zusammengestellt, in die die Betroffenen nicht übersiedeln durften.

Was die Wirksamkeit der zur Germanisierung des böhmischen Raums ergriffenen Maßnahmen betraf, so kritisierten viele Oberlandräte das fanatische Bemühen, um jeden Preis rasch Erfolge zu erzielen. Unter ihnen überwog die Ansicht, daß „das Hauptgewicht des Volkstumskampfes von den eigenen Kräften des Protektorats getragen werden muß. Dabei ist es erforderlich, sich von der Illusion frei zu machen, daß es in der Macht eines Oberlandrats oder einer anderen staatlichen Behörde steht, die deutsche Nationalität durch Verwaltungsmaßnahmen dauerhaft zu befördern“. Ein gleichermaßen gefährlicher Irrtum wäre es nach Meinung der Mehrheit der Oberlandräte auch anzunehmen, daß sich die Siedlungsgrenzen zwischen den einzelnen Völkern durch großangelegte Aktionen beliebiger Art und Weise verschieben ließen. Auf diese Weise erreiche man zwar möglicherweise einen vorzeigbaren Erfolg, aber dieser besitze notwendigerweise nur oberflächlichen Charakter. Dauerhafte Ergebnisse entstünden in dieser Richtung umgekehrt nur durch den energischen, alltäglichen Kampf im kleinen, in dem es um jeden einzelnen Menschen geht, um jede Position um jedes Stückchen Boden<sup>73</sup>.

<sup>73</sup> Vgl. Bericht des Olmützer Oberlandrates Molsen vom 9. Dezember 1939 unter der Überschrift „Aktive Volkstumsarbeit“, SOAB, Fonds B 251, Sign. taj. 6, Fol. 86.

Finanzielle Mittel für die Arbeit zur Förderung des Deutschtums wurden vom Reichshaushalt im sog. Deutschtumsfonds bereitgestellt. Die Mittel aus diesem Fonds dienten zur finanziellen Deckung der Ausgaben für deutsche Kulturpolitik, Sport, Schul- und Gesundheitswesen, für den Aufbau sog. Deutscher Häuser und Häuser der Hitlerjugend in den Förderungsregionen. Im Falle des Protektorats wurden bestimmte Beiträge auch den Oberlandräten „für kleinere deutsche Arbeit nach ihrem eigenen Ermessen“ direkt zur Verfügung gestellt. Finanzmittel zum Zwecke der Förderung des Deutschtums im Protektorat stellten auch die Haushalte des Protektorats, der Kreise und Gemeinden bereit<sup>74</sup>.

Als grundlegende Voraussetzung für den Aufbau stabiler nationaler Positionen bezeichneten die Okkupationsbehörden die wirtschaftliche Stärkung der Deutschen. Ein wichtiges Instrument zur Erreichung dieses Ziels erblickten sie in der Arisierung jüdischer Betriebe in der Industrie, im Handel und im Handwerk. Die Einsetzung deutscher Verwalter in solchen Betrieben erhöhte nicht nur den Anteil der Deutschen in diesen Wirtschaftszweigen, sondern entledigte die deutschen Betriebe auch der Konkurrenz durch entsprechende jüdische Unternehmen und eröffnete ihnen neue Absatzmöglichkeiten<sup>75</sup>.

Im Hinblick auf die gewerbliche Wirtschaft erwies sich die Bereitstellung finanzieller Mittel im Rahmen der Aktion der Reichswirtschaftshilfe als ein bedeutender Vorteil für die deutschen Unternehmen im Protektorat. Großen Wert legten die Oberlandräte auch auf die Überführung derjenigen tschechischen Betriebe in deutsche Hände, die „entweder den Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung dienen oder aber Schlüsselbedeutung besitzen, wodurch sie gegen einen tschechischen Boykott relativ abgesichert sind“. Ähnliche Maßnahmen ergriff man auch in der Landwirtschaft, wo darüber hinaus die Tätigkeit deutscher Genossenschaften allseitige Unterstützung fand<sup>76</sup>.

Sehr bald nach der Okkupation des gesamten Territoriums Böhmens und Mährens gelang es den Nationalsozialisten, der deutschen Bevölkerung auf dem Weg der Bevorzugung praktisch Vollbeschäftigung zu sichern. Darin erblickten die Nazis jedoch nur einen Anfang. Um die Protektoratsdeutschen fest an die eigene Politik zu binden, schlug z. B. der Olmützer Oberlandrat vor, mit Rücksicht auf die geringe Anzahl der Deutschen im Protektorat jeden von ihnen zu befördern. Molsen verfolgte mit dieser Maßnahme nicht nur das Ziel, die Gehälter der Deutschen zu erhöhen und somit ihre persönlichen Lebensumstände zu verbessern; vielmehr ging es ihm vor allem darum, auf den betroffenen Arbeitsstellen in entsprechendem Umfange die Bedeutung dieser Deutschen unter dem Aspekt des nationalen Kampfes zu vergrößern<sup>77</sup>.

Im Verwaltungsbereich bemühten sich die Nationalsozialisten, die Tätigkeit aller

<sup>74</sup> Vgl. Bericht über die von der Behörde des Reichsprotektors geleistete Volkstumsarbeit, 8. Oktober 1940, SÚA, Fonds ÚRP, Karton 287, Sign. I 1b-2000, S. 3.

<sup>75</sup> Vgl. Erfolgsbericht über die Deutschtumsarbeit der Oberlandräte, 5. Oktober 1940, SÚA, Fonds ÚRP, Karton 287, Sign. I 1b-2000, S. 8.

<sup>76</sup> Vgl. *ebenda* 9.

<sup>77</sup> Vgl. SOAB, Fonds B 251, Karton 1, Sign. taj. 13, Fol. 158.



Behörden auf die Bevorzugung der deutschen Bevölkerung auszurichten. Dies geschah z.B. durch die Einsetzung von Regierungskommissaren und deutschen Bürgermeistern in den Gemeinden oder durch die Einsetzung deutscher Kreishauptmänner. Die Anzahl der Deutschen in den Gemeindevertretungen wurde erhöht, um das deutsche Element in allen Protektoratsbehörden zu stärken. Diese Aktivitäten zielten neben der Gemeindeselbstverwaltung vor allem in die Reihen der Staatspolizei, der Eisenbahn, der Post und der neu geschaffenen Behörden, z. B. für den Arbeits-einsatz und die Wirtschaftskontrolle<sup>78</sup>.

Einen nicht minder wichtigen Bereich für die Stärkung des Deutschtums sahen die Nationalsozialisten in der Kulturarbeit. Ziel der nationalsozialistischen Kulturarbeit unter den Deutschen im Protektorat war die Stärkung des Bewußtseins der nationalen Zusammengehörigkeit der Deutschen, insbesondere unter der jungen Generation. Intensive Fürsorge widmeten die Nationalsozialisten deshalb der Erweiterung des deutschen Schulwesens, und zwar nicht nur der Grundschulen, sondern auch der Mittel- und Fachschulen. Zugleich sollte ein Netz von Schüler- und Lehrlingswohnheimen geschaffen werden, da die Nationalsozialisten der Auffassung waren, daß nur die allseitige Erziehung in solchen Wohneinheiten den im Protektorat lebenden deutschen Schülern und Lehrlingen das fehlende rein deutsche Milieu ersetzen könnte.

Der Ausbau des deutschen Schulwesens erfolgte häufig auf Kosten der tschechischen Schulen, wobei die Einrichtung neuer deutscher Schulen neben dem Reichsprotektor auch von der Protektoratsregierung finanziert wurde. Insbesondere in den Sprachinseln wurden so schrittweise die tschechischen Schulen, die dort angeblich mit ausgesprochen tschechisierenden Absichten gegründet worden seien, beseitigt. Eine Reihe von tschechischen Mittel- und Fachschulen (soweit sie nicht aufgelöst wurden) mußte aus den als deutsche Interessengebiete reklamierten Landstrichen umverlegt werden<sup>79</sup>.

Die Erziehung einer starken und gesunden Jugend stellte für die Nationalsozialisten den Angelpunkt der Stärkung des Deutschtums im Protektorat dar. Deshalb widmete man ihr höchste Aufmerksamkeit. In diesem Punkte arbeiteten die nationalsozialistischen Behörden insbesondere mit der Organisation der Hitlerjugend zusammen, der sie mit finanziellen und anderen Mitteln bei der Schaffung eines Netzes von Häusern für die Hitlerjugend halfen. In Verbindung damit bereitete man zur Unterstützung der körperlichen Abhärtung auch den Bau von Sportplätzen, Turnhallen und Schwimmbädern vor.

Neben dem Schulwesen entgingen der Aufmerksamkeit der Nationalsozialisten aber auch die übrigen Bereiche der Kultur nicht. Zu ihren Zentren in den Gemeinden sollten sich die sog. Deutschen Häuser entwickeln, die zugleich der NSDAP und deren Organisationen als Versammlungsort dienten. Für die Stärkung der nationalen Positionen der Deutschen nutzten die Nationalsozialisten auch weitere, bereits bestehende Kultureinrichtungen, wie Druckereien, Büchereien, Kinos, Theater, Museen, Musikschulen u. ä.

<sup>78</sup> Vgl. Erfolgsbericht über die Deutschtumsarbeit der Oberlandräte, 5. Oktober 1940, SÚA, Fonds ÚRP, Karton 287, Sign. I 1b-2000, S. 5.

<sup>79</sup> Vgl. ebenda, S. 7.

Ein besonderes Problem in der Germanisierungstätigkeit der Oberlandräte bildete das sog. Streudeutschtum. Das Streudeutschtum stellte zwar einerseits gewissermaßen einen Stützpunkt für die Ausweitung der deutschen Positionen dar, andererseits war es jedoch zahlenmäßig schwach und häufig in einem schlechten Zustande<sup>80</sup>, so daß es sich in der Opposition zur tschechischen Bevölkerung kaum durchsetzen konnte. Die Nationalsozialisten führten eine sorgfältige Übersicht über diese Deutschen, die häufig aus national gemischten Ehen stammten oder selbst in solchen Ehen lebten, und bemühten sich, sie davon zu überzeugen, daß sie wenigstens ihre Kinder als Deutsche registrieren ließen und mit ihnen deutsch sprächen. Solche Kinder wurden auch vorrangig in die Schülerheime eingewiesen, die den Einfluß der tschechischen Umgebung eliminieren sollten<sup>81</sup>. In der Unterstützung einzelner Deutscher gewann jene alltägliche Volkstumsarbeit im kleinen Gestalt, die durch die Schaffung fester Stützpunkte für den weiteren nationalen Kampf dauerhafte Ergebnisse bei der Germanisierung sichern sollte<sup>82</sup>.

In der Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse kann man feststellen, daß die Nationalsozialisten im Protektorat im Vergleich mit den übrigen unterworfenen slawischen Ländern ein spezifisches Modell der Germanisierungspolitik geschaffen haben. Seinen herausragenden Charakterzug bildete die Tatsache, daß man im Rahmen der Möglichkeiten, die das Protektorat bot, sehr früh an die praktische Realisierung der positiven Seite der Eindeutschung, der man außergewöhnliche Bedeutung beimaß, heranging.

Unter Berücksichtigung der nachweisbaren rassischen Güte des tschechischen Volkes und im Zusammenhang mit weiteren konkreten Umständen erreichte die negative Seite der Germanisierung im Protektorat Böhmen und Mähren nur das Stadium von Planungen und vorbereitenden Arbeiten. Solche Vorbereitungen lassen sich in einer breit angelegten rassischen Untersuchung des tschechischen Volkes, die in größerem Umfange während der Heydrich-Ära eingeleitet wurde, in einigen lokalen Aussiedlungsaktionen und in der Beschränkung des tschechischen Schulwesens verfolgen. Die Liquidierung der Juden muß man in diesem Zusammenhang im breiteren, gesamt-europäischen Kontext betrachten. Die Nationalsozialisten realisierten im Protektorat zwar eine Reihe von auf eine oberflächliche Germanisierung abzielenden Maßnahmen, schreckten nicht vor terroristischen Methoden im Kampf gegen den tschechischen Widerstand zurück, die auch die Zivilbevölkerung trafen, zwangen Teile der Protektoratsstaatsangehörigen zum Totaleinsatz ins Reich, aber wir haben keine Kenntnis

<sup>80</sup> Im Falle der deutschen Gemeinde Karlshof schrieb der Iglauer Oberlandrat z. B., daß „die einheimischen Deutschen stark verelendet sind und einen biologisch verkümmerten Eindruck machen“. – SÚA, Fonds ÚRP, Karton 290, Sign. I 1b–2020–2, Fol. 7a.

<sup>81</sup> Einer allseitigen Analyse der Unterstützung des Streudeutschtums ist z. B. die Sonderbeilage der Tagesmeldung der SD unter der Überschrift „Streudeutschtum – Lage im OLB Olmütz“ gewidmet. – Vgl. SÚA, Fonds ÚRP, Karton 289, Sign. I 1b–2013.

<sup>82</sup> Eine getrennt zu behandelnde Frage bildet die Wirksamkeit all dieser kulturellen und sozialen Maßnahmen, wenn „zwischen den neu gewonnenen deutschen Volksgenossen sich auch arbeitsscheue Personen fanden, kriminelle Elemente und sogar Zigeuner, wobei die Kenntnis der deutschen Sprache bei diesen Personen häufig sehr gering war“. – Brandes, Detlef: Die Tschechen unter deutschem Protektorat. München-Wien 1969, 161 f.

davon, daß bei uns im Rahmen der Endlösung der tschechischen Frage ausschließlich durch Germanisierungsabsichten motivierte Massenaktionen gegen das tschechische Volk stattgefunden hätten<sup>83</sup>.

Was verursachte diese Sonderentwicklung? – Das Protektorat entstand in der ersten Hälfte des Jahres 1939, in einem Zeitraum demnach, in dem Deutschland noch bemüht war, seine momentanen Forderungen auf diplomatischem Wege durchzusetzen. Insbesondere ging es ihm darum, ein Abkommen mit Großbritannien zu erreichen. Hitler konnte sich deshalb eine große Entnationalisierungsaktion gegen die Tschechen nicht erlauben, da diese von britischer Seite ein negatives Echo, ja u. U. sogar eine Änderung der bisherigen Orientierung der britischen Außenpolitik hätte hervorrufen können. Unter diesem Aspekt der Germanisierungspolitik standen außerdem zu diesem Zeitpunkt noch keine geographischen Räume zur Verfügung, in die man die rassisch ungeeigneten Tschechen hätte umsiedeln können. Darüber hinaus normalisierte sich die Situation im Protektorat relativ rasch – die Tschechen verwalten sich zum Vorteil des Reiches unter dessen Aufsicht sogar selbst.

Nach Ausbruch des Krieges und dem deutschen Sieg über Polen verlor die Mehrheit dieser Argumente zwar schrittweise ihre Gültigkeit, im Hinblick auf die weitergehenden Eroberungspläne der Nationalsozialisten wuchs aber andererseits die Wichtigkeit des ökonomischen Potentials des Protektorats, einschließlich der Arbeitskapazität des tschechischen Volkes. Hitler wollte deshalb die relativ ruhige und konsolidierte Situation im Protektorat nicht vorzeitig durch radikale Germanisierungsaktivitäten destabilisieren. Dieser Aspekt wurde mit zunehmender Kriegsdauer für die Nationalsozialisten beständig bedeutsamer, bis er schließlich zum entscheidenden, die Art und Weise der deutschen Okkupationspolitik grundsätzlich beeinflussenden Faktor wurde.

Ein solches Problem der Germanisierungspolitik, das auch im Falle des Protektorats voll zum Tragen kam, waren die gewaltigen Anforderungen an finanziellen Mitteln und materiellen Ressourcen, die diese stellte. Deren ausreichende Bereitstellung war während des Krieges unmöglich. In noch stärkerem Maße beunruhigte die Nationalsozialisten der Mangel an rassisch geeigneten Menschen, die ja eine unumgängliche Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluß der Germanisierung bildeten. Dieses Problem war für die verantwortlichen Funktionäre im Protektorat nicht einmal für die Zeit nach der angenommenen siegreichen Beendigung auf zu-

---

<sup>83</sup> Die tschechische Intelligenz war z. B. unter den Opfern des Standrechts relativ stark vertreten. Daraus kann man aber nicht die Schlußfolgerung ableiten, daß die Nationalsozialisten mit der Einführung des Standrechts die definitive Liquidation der tschechischen Nationalität eingeleitet hätten. Vielmehr ist der Großteil der tschechischen Intelligenz aufgrund ihrer aktiven Teilnahme am Kampf gegen den Faschismus ausgeschaltet worden, den zu unterdrücken ja die wirkliche und erstrangige Funktion des Standrechts war. Allerdings muß man sich zugleich dessen bewußt sein, daß die mit der Einführung des Standrechts in Gang gesetzte Entwicklung natürlich auch den Germanisierungsplänen der Nationalsozialisten entsprach. Es war durchaus eines der Ziele der Vorbereitungsphase der Germanisierung, das tschechische Volk seiner Intelligenz zu berauben, wovon man sich eine Erleichterung der späteren Umwandlung der Nationalität bei den dafür geeigneten Tschechen als Ganzes versprach.

friedenstellende Weise gelöst, da zu diesem Zeitpunkt ja eine große Anzahl von aus dem Wehrmachtsdienst entlassenen Kolonisatoren nach Osten in Gang gesetzt werden sollte.

An dieser Stelle wäre noch auf das kritisierte Fehlen einer einheitlichen, verbindlichen Richtlinie für die Germanisierung des böhmisch-mährischen Raumes abschließend einzugehen. – Die Situation ist in diesem Punkte nicht eindeutig, da Hitler mitunter absichtlich nur allgemeine Ziele formulierte und nur die Hauptrichtungen der weiteren Tätigkeiten aufzeigte, um so selbst über einen größeren Handlungsspielraum für eventuelle Reaktionen zu verfügen. „Unzweifelhaft existierte kein konkreter Fahrplan für die Endlösung, genauso wie kein fester konkreter Kriegsplan existierte, nach dem das Dritte Reich Europa unterwerfen und allmählich die Weltherrschaft erringen wollte. Hitler lehnte einen solchen Kriegsplan ausdrücklich ab, da er ihm die Hände band, und kritisierte in dieser Richtung die deutsche Führung des Ersten Weltkrieges. Das Grundziel und die Grundrichtung der aggressiven Kriege waren jedoch festgelegt und wurden mit bemerkenswerter Flexibilität bei der Wahl der Wege und der Wahl der Reihenfolge der einzelnen Etappenziele verfolgt.“<sup>84</sup>

Alle diese Tatsachen bedeuteten jedoch nur die Verschiebung der Endlösung der tschechischen Frage auf eine spätere Zeit; keinesfalls verringerten sie die Gefährlichkeit und den verbrecherischen Charakter dieser spezifischen Variante der Germanisierungspolitik\*.

Übersetzt von Henning Schlegel

---

<sup>84</sup> Diese Schlußfolgerung zog Miroslav Kárný im Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage. Sie besitzt jedoch offensichtlich breitere Gültigkeit. – Kárný, Miroslav: *Poznámky ke genocidní politice německého fašismu* [Anmerkungen zur Völkermordpolitik des deutschen Faschismus]. *Sborník k problematice dějin imperialismu* 13 (1982) 191.

\* In tschechischer Sprache ist dieser Aufsatz in ČČH 88 (1990) 535–557 erschienen.